



ooo

Integrations- bericht 2005

Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Wiesbaden
Einwohner- und Integrationsamt
Integrationsabteilung

Verantwortlich für den Text:

Jeanine Rudolph
Winnrich Tischel

Umschlag:

Wiesbaden Marketing

September 2006

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet, diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mirkofilm/-fische zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern

Vorwort

Mit dem Integrationsbericht 2005 legt das Einwohner- und Integrationsamt seinen zweiten jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung des Integrationskonzeptes vor.

Die größte Herausforderung stellte im Jahr 2005 die Umsetzung der neuen Integrationskursverordnung des Bundes als integrationspolitischem Kernstück des Zuwanderungsgesetzes dar. Wiesbaden hatte sich wie kaum eine andere Stadt vor allem organisatorisch und konzeptionell auf diese Herausforderung vorbereitet. Mit Erfolg:

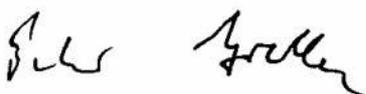
Das arbeitsteilige und teamorientierte Kooperationsmodell zur Steuerung und Koordination des Angebotes an Integrationskursen funktioniert so gut, dass es schon im Laufe des Jahres 2005 sowohl in Fachkreisen als auch in der Politik bundesweit Beachtung fand. Das Zusammenspiel von vernetzten Integrationskursanbietern, Freien Trägern im Einwohner- und Integrationsamt, Ausländerbehörde, Integrationsabteilung und Kommunalen Arbeitsvermittlung führt dazu, dass en zur Teilnahme an einem Kurs Berechtigten oder Verpflichteten individuell und zeitnah Kursplätze vermittelt werden können.

Bei der Vermittlung der Notwendigkeit dieser Integrationskurse wird konsequent auf maximale und zielgerichtete individuelle Beratung, weniger auf ordnungsrechtliche Methoden und Sanktionen gesetzt. Besonders hilfreich ist hierbei die auch muttersprachliche Beratung in den Migrationsdiensten von Caritasverband, Arbeiterwohlfahrt und Internationalem Bund im Einwohner- und Integrationsamt.

Daneben hat es in der Integrationsarbeit 2005 vor allem große Fortschritte im Handlungsfeld Gesundheitsvorsorge gegeben.

Um die Zielgruppe der bildungsfernen Mütter von Migrantenkindern effektiv auf niederschwelligem Weg zu erreichen, wurde ein bundesweites Pilotprojekt in Kooperation mit dem BKK Bundesverband im Rahmen der „Mama lernt Deutsch Kurse“ und in Integrationskursen nach dem Zuwanderungsgesetz mit 78 Veranstaltungen durchgeführt. Hierbei wurden fünf anhand der Ergebnisse der Wiesbadener Schuleingangsuntersuchung ausgewählte Präventionsthemen mitspeziell erarbeitetem Unterrichtsmaterial in den Deutschkursen behandelt und durch gezielte Besuche von Ärztinnen aber auch von Beratungsstellen wie Pro Familia ergänzt. Dadurch wurde eine Nachhaltigkeit erreicht, da zusätzlich die Angebote der Beratungsstellen bekannt gemacht und durch die Teilnehmerinnen nun nachweislich in Anspruch genommen werden.

All den vielen Mitwirkenden möchte ich für diese wichtigen Fortschritte bei den Integrationsbemühungen danken. Die in den Medien geführte Integrationsdebatte ist stark von aktuellen negativen Einzelereignissen von außerhalb Wiesbadens geprägt. Es liegt mir daher sehr viel daran, auch durch den Hinweis auf die Erfolge der Integrationsarbeit in Wiesbaden diesem negativen Trend in der öffentlichen Wahrnehmung zu begegnen und die These zu untermauern, dass Integration in Wiesbaden von erkennbaren Fortschritten geprägt ist, wenn auch noch viel Arbeit vor uns liegt.



Peter Grella
- Dezernent für Bürgerangelegenheiten und Integration -

Inhalt

Seite

1	Zu diesem Bericht	5
2	Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz	6
2.1	Kommunales Umsetzungskonzept	6
2.2	Zahlen und Fakten	9
3	Stand der Integration	14
3.1	Wiesbadener Monitoringsystem zur Ausländerintegration 2005	14
3.2	Ergebnisse	15
4	Sachstand zu den Handlungsfeldern	23
4.1	Sprachkompetenz	23
4.2	Bildung	28
4.3	Teilhabe am Arbeitsmarkt	31
4.4	Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil	33
4.5	Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung	45
4.6	Integrationskompetenz in der Verwaltung	50
5	Schlüsselprojekte	53
5.1	Aktion "Ab 3 dabei"	53
5.2	Gesundheitsthemen in Sprachkursen	58

1 Zu diesem Bericht

Auf Basis des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird hiermit der zweite Integrationsbericht vorgelegt. Wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes sind Aussagen zum Fortgang der Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen sechs Handlungsfelder.

Wie bereits im ersten Bericht wird jeweils systematisch berichtet zu

- dem Stand der Vernetzung,
- den konkreten Projekten und
- den weiteren Planungen.

Einige Projekte aus 2005 nehmen in der Integrationsarbeit eine Schlüsselstellung ein und werden daher etwas umfassender dargestellt.

Ein weiterer Bestandteil des Integrationskonzeptes und damit dieses Berichtes sind Aussagen zu Stand und Wirkungen der Integration und zu Veränderungen von Kontextbedingungen der Integrationspolitik. Basis hierfür sind die aktuellen Daten des Wiesbadener Monitoringsystems – ein Produkt des Amtes für Wahlen, Statistik und Stadtforschung – anhand derer die Entwicklung der Integration in den verschiedenen Dimensionen aufgezeigt werden.

Das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 01. Januar 2005 und hier insbesondere die Umsetzung der Integrationskurse hatten einen erheblichen Einfluss auf die konkrete kommunale Integrationsarbeit. Die Erfahrungen des ersten Jahres nach Inkrafttreten sowie die Organisation der Umsetzung fließen daher in diesen Bericht ein.

2 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz

2.1 Kommunales Umsetzungskonzept für Wiesbaden

Die Förderung der Integration durch die neuen Integrationskurse ist das integrationspolitische Kernstück des Zuwanderungsgesetzes.¹ Das Zuwanderungsgesetz spricht in erster Linie die Ausländerbehörden als Adressaten an, sofern nicht anderen Behörden wie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Aufgaben zugewiesen werden. Mit den ihnen damit zugewiesenen Aufgaben der Integrationsförderung wird die Arbeit der Ausländerbehörden erstmals aus dem ordnungsrechtlichen Sektor hinaus in den Bereich der Leistungserbringung erweitert und die Anforderungen damit qualitativ einschneidend verändert.

Konzeption des Einwohner- und Integrationsamtes hat sich bewährt.

Für Wiesbaden wurde mit der Konzeption des Einwohner- und Integrationsamtes eine besondere Organisationsform nicht nur zur Umsetzung kommunaler integrationspolitischer Zielsetzungen geschaffen. Das Amtskonzept ist vielmehr kommunale Strategie zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes², die sich gerade bei der Umsetzung der Integrationskursverordnung bewährt hat.

Räumliche und inhaltliche Zusammenführung/ Vernetzung der Akteure

Der konzeptionelle Grundgedanke des Einwohner- und Integrationsamtes als one-stop-agency ist die räumliche und inhaltliche Zusammenführung der wesentlichen Akteure im Hinblick auf die Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und ein möglichst optimales, am Bürger orientiertes Angebot an zuwanderungs- und integrationsrelevanten Dienstleistungen.

¹ Geregelt in Kap. 3 des Aufenthaltsgesetzes i. V. m. Integrationskursverordnung (IntV); vgl. Kap. 2.5 Integrationsbericht 2004.

² Vgl. Kap. 2.6 Integrationsbericht 2004.

Die Aufgaben im Zusammenhang mit

- Sprachkursen
- Orientierungskursen zu Rechtsordnung, Kultur und Geschichte
- Ermittlung des Leistungsstands
- Feststellung der Teilnahmeberechtigten
- Feststellung der zur Teilnahme Verpflichteten
- Beratung und Vermittlung in die Kurse
- Kooperation mit dem Bundesamt für Migration
- Vernetzung der Träger

werden von den Abteilungen

- Ausländerbehörde
- Einwohnerwesen und
- Integration

arbeitsteilig und teamorientiert umgesetzt.

Arbeitsteiliges und teamorientiertes Vorgehen

Die Ausländerbehörde trifft die rechtlichen Entscheidungen über Berechtigungen und Verpflichtungen zur Teilnahme an Integrationskursen, die Integrationsabteilung übernimmt alle mit Integrationskursen zusammenhängenden Beratungsleistungen und führt in Absprache mit den Integrationskursträgern zentral Sprachstandstests durch.

Netzwerk der Integrationskursträger zur Koordination und Steuerung des Kursangebotes

Unter Federführung der Integrationsabteilung wurde gemeinsam mit allen Integrationskursträgern Wiesbadens und in enger Kooperation mit der Regionalkoordination des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der kommunalen Arbeitsvermittlung Wiesbadens ein Netzwerk installiert. Im Rahmen dieser Kooperation wurde ein Steuerungs- und Berichtssystem entwickelt, das jederzeit das aktuelle Kursplatzangebot abrufbar macht. Auch werden in diesem Trägerverbund das Angebot und die Nachfrage an Kursplätzen geplant und koordiniert.

Zentrale Beratung und Vermittlung in Integrationskurse durch Integrationsabteilung

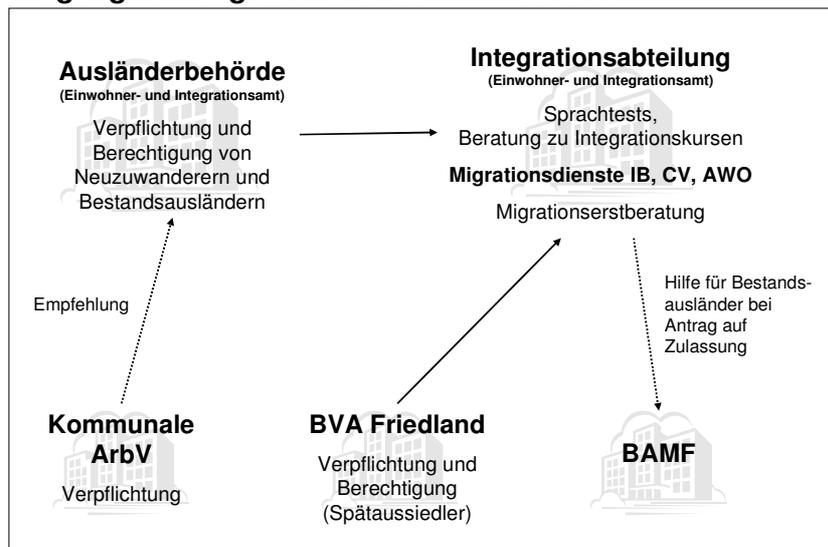
Damit ist eine optimale, weil individuelle und zeitnahe Vermittlung durch die Integrationsabteilung in den jeweils angemessenen Sprachkurs möglich.

Hervorzuheben ist darüber hinaus die enge organisatorische und inhaltliche Kooperation mit den Freien Trägern Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband und Internationaler Bund, die sich mit ihren Migrationserstberatungsstellen (MEB) im Haus des Einwohner- und Integrationsamtes befinden. Diese nehmen unter anderem im Rahmen der Umsetzung der Integrationskursverordnung die Aufgabe der sozialpädagogischen Begleitung und Beratung der Kursteilnehmer wahr.

Enge Kooperation mit der Kommunalen Arbeitsvermittlung

Ein weiterer Partner im Rahmen der Umsetzung der Integrationskursverordnung ist die Kommunale Arbeitsvermittlung. Diese kann zur Verbesserung der Eingliederungschancen in den Arbeitsmarkt die Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs über die Ausländerbehörde veranlassen. Die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Organisationseinheiten wurde kooperativ ausgestaltet und die Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen durch gegenseitige Hospitationen und Informationsveranstaltungen vor Ort schnellstmöglich umgesetzt. Gerade vor dem Hintergrund der großen Umbruchsituation im Bereich SGB II mit vielen neuen Mitarbeiter/-innen ist die Umsetzung der Integrationskursverordnung äußerst zügig und ohne große Reibungsverluste erfolgt.

Zugang zu Integrationskursen in Wiesbaden



2.2 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen

Hohe Bereitschaft zur nachholenden Integration

Von der Ausländerbehörde wurden in 2005 130 Berechtigungen und 330 Verpflichtungen zu Integrationskursen ausgestellt. Es wurden 803 so genannte Bestandsausländer auf freiwilligen Antrag hin beim Bundesamt für Migration (BAMF) zu Integrationskursen zugelassen (vgl. Tab. 1). Die hohe Zahl an freiwilligen Anträgen auf Zulassung zu Integrationskursen zeigt eine hohe Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache der so genannten Bestandsausländer.

In der Integrationsabteilung wurden 474 Sprachstandstest zur Einstufung und besseren Vermittlung in Integrationskurse durchgeführt.

Tabelle 1: Rechtliche Entscheidungen der Ausländerbehörde 2005	
Ausgestellte Berechtigungen	130
Ausgestellte Verpflichtungen	330
Nachrichtlich: Zulassung von Bestandsausländern durch das BAMF	803

Tabelle 2:
Von der Wiesbadener Ausländerbehörde ausgestellte Berechtigungen und Verpflichtungen an Neuzuwanderer 2005

	Berechtigungen	Verpflichtungen
Insgesamt	130	330
Männer	71	110
Frauen	59	220
unter 25 Jahre	41	93
25 bis unter 30 Jahre	27	75
30 bis unter 40 Jahre	36	97
40 bis unter 50 Jahre	18	44
50 Jahre und älter	8	21

Wiesbaden verfügt auch durch die enge Vernetzung aller Träger über ein sehr differenziertes und breites Angebot an Integrationskursen. Allerdings stellen sich die Bedingungen für die Träger insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung und den erheblichen bürokratischen Aufwand als sehr problematisch dar. Hier wird sich zeigen, ob sich die Trägerlandschaft weiterhin stabil halten lässt.

Träger und Integrationskurse in Wiesbaden

In 2005 wurden von 9 Trägern insgesamt 114 Integrationskurse durchgeführt.

Anzahl der Integrationskurse	114
Anzahl der Integrationskursträger	9

Übersicht der Integrationskursträger:

- AWO
- Bauhof Biebrich-Südost
- Berlitz

- Euro-Schule
- Fresko
- IB
- Katholische Erwachsenenbildung
- Lern-Planet
- VHS

Die Zahl der Berechtigten und Verpflichteten im Vergleich zur Gesamtzahl der Neuzuwanderer

460 Integrationskursberechtigte im Vergleich zu 3.242 Neuzuwanderern

Um Aussagen zu Qualität und Quantität des Vollzuges der Integrationskursverordnung nach dem Zuwanderungsgesetz treffen zu können, wird in der folgenden Tabelle die Gesamtzahl der Neuzuwanderer dargestellt. Im Anschluss wird diese Zahl den zu Integrationskursen Berechtigten oder Verpflichteten gegenübergestellt und eine erste Interpretation versucht:

Tabelle 3: Neuzuwanderer ¹⁾ nach Wiesbaden 2005	
Insgesamt	3.242
männlich	2.044
weiblich	1.198
unter 18 Jahre	294
18 bis unter 25 Jahre	697
25 bis unter 30 Jahre	566
30 bis unter 40 Jahre	858
40 bis unter 50 Jahre	550
50 bis unter 65 Jahre	239
65 Jahre und älter	38
darunter Personen	999
...polnischer	264
...türkischer	204
...ungarischer	175
...US-amerikanischer	136
...italienischer	
Staatsangehörigkeit	
1) Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland	
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung	

Im Vergleich zu insgesamt 3.242 Neuzuwanderern in 2005 erscheint die Zahl der Integrationskursberechtigten oder Verpflichteten von insgesamt 460 allerdings gering.

Gründe hierfür sind:

- Aus verschiedenen, im ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahren begründeten Umständen und Sachzwängen kann die endgültige Aufenthaltserlaubnis Neuzuwanderern oft erst mehrere Monate nach der Einreise erteilt werden. Die Bestätigung über einen Anspruch oder eine Verpflichtung zu einem Integrationskurs wird aber in der Regel immer erst mit der Erteilung der endgültigen Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Alle statistischen Verfahren, die auf einen fixen Zeitpunkt abstellen, sind daher durch diese zeitlichen Verzögerungen verzerrt.
- Nicht alle Neuzuwanderer haben einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs, sondern nur Personen, die sich aus bestimmten im Gesetz genannten Rechtsgrundlagen dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten wollen und dürfen.
- Eine weitere Einschränkung des Teilnehmerkreises erfolgt durch die gesetzliche Regelung, dass ein Teilnahmeanspruch trotz Vorliegens der sonstigen Voraussetzungen nicht besteht bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in Deutschland fortsetzen.
- Entsprechendes gilt, wenn bei Neuzuwanderern erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht oder die Personen bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

Aussagen zu individuellen Integrationsverläufen

Derzeit können noch keine Aussagen zu individuellen Integrationsverläufen bei Neuzuwanderern, zum Beispiel von der Verpflichtung zu einem Integrationskurs bis hin zur erfolgreichen Teilnahme, getroffen werden. Einwohner- und Integrationsamt und Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung arbeiten mit Nachdruck am Aufbau eines entsprechenden Controllings der

Integrationskurse. Hierzu müssten jedoch von Seiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Daten zur Verfügung gestellt werden, weshalb Vertreter beider städtischer Ämter beim Bundesamt in Nürnberg vorstellig geworden sind. Eine grundsätzliche Entscheidung durch das BAMF steht auch aufgrund datenschutzrechtlicher Fragen bis heute noch aus.

3 Stand der Integration

3.1 Das Wiesbadener Monitoringsystem

*Monitoringsystem
als Element der Wiesbadener
Integrationsberichterstattung*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist Bestandteil des Integrationskonzeptes der Stadt Wiesbaden, das von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0046 am 12. Februar 2004 verabschiedet wurde.

Es verfolgt das Ziel,

- den Stand des Integrationsprozesses,
- eingetretene Wirkungen und
- Veränderungen der Rahmenbedingungen der Integrationspolitik

regelmäßig aufzuzeigen und zu überprüfen. Mit dem vorliegenden "Bericht 2006" wird die vor zwei Jahren begonnene Dokumentation fortgesetzt. Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis
von "Integration"*

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration "den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität" (Integrationskonzept 2004).

*Dimensionen
des Integrationsprozesses*

Sie gliedert den Integrationsprozess in vier Dimensionen:

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung der Migranten in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertevorstellungen)

- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft)

sowie

- Identifikatorische Integration (= Zugehörigkeitsgefühl).

Definition und Gliederung werden vom Monitoringsystem aufgegriffen und entsprechende Kennzahlen gebildet. Hiernach hat der Integrationsprozess in Wiesbaden folgenden Stand erreicht:

3.2 Ergebnisse

3.2.1 Strukturelle Integration

Rechtliche Integration

Mittlerweile verfügen gut zwei Drittel der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder besitzen eine Staatsangehörigkeit der Europäischen Union, die ihnen Freizügigkeit und ein sicheres Aufenthaltsrecht verschafft. Der Anstieg im Jahr 2004 ist auf die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten zurückzuführen.

Handlungsbedarf bei der Integration in das Bildungssystem

Die Integration der ausländischen Bevölkerung in das Bildungssystem stellt eine bleibende Herausforderung dar, denn die Unterschiede im Schulbesuch von deutschen und ausländischen Kindern sind nach wie vor groß: Der Anteil der Gymnasiasten unter den nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen an weiterführenden Schulen ist mit 25,7 % nicht einmal halb so hoch wie unter den deutschen (59,0 %). Positiv zu vermerken ist allerdings, dass sich gegenüber dem letzten Schuljahr die Gymnasialquote auch unter den ausländischen Kindern leicht erhöht hat.

Auf der anderen Seite verlässt jede/-r sechste ausländische Jugendliche die Schule ohne Abschlusszeugnis (deutsche Jugendliche: jede/-r Fünfzehnte). Das Risiko trifft die Jungen immer noch häufiger als die Mädchen, wobei dieser geschlechts-

spezifische Unterschied bei ausländischen Schulabgängern eine abnehmende Tendenz aufweist.

Kindergartenbesuch

Der Anteil der Kinder, die eine Elementareinrichtung nur kurz oder gar nicht besucht haben, ist 2005 wieder leicht gestiegen, und zwar bei Kindern mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen. Trotzdem ist ein "Kita-Kurzbesuch" bei Kindern mit Zuwanderungshintergrund doppelt so häufig wie bei Kindern deutscher Eltern. Verbesserungen sind hier wünschenswert, denn ein ausreichend langer Kindergartenbesuch erleichtert den Einstieg ins Schulsystem.

*Fortschritte
beim Berufseinstieg*

Das Jahr 2005 hat zu einer gewissen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt geführt. Während in den Jahren zuvor die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler ohne Ausbildungsvertrag - vor allem unter den jugendlichen Migranten - stetig zugenommen hatte, war diese Zahl im vergangenen Jahr wieder rückläufig. Nach wie vor besteht aber ein großer "Abstand" zwischen Jugendlichen ausländischer und deutscher Herkunft.

Arbeitsmarkt

Infolge der Umstellung der Arbeitslosenstatistik auf das SGB II liegen derzeit keine validen Daten zur Erwerbslosigkeit vor. Die Beobachtung der Integration in den Arbeitsmarkt kann daher erst im nächsten Monitoring-Bericht wieder aufgenommen werden. Über die Beschäftigten gibt es hingegen Erfreuliches zu vermelden: Die Problemgruppe derjenigen ohne (anerkannte) Berufsausbildung ist gegenüber dem Vorjahr gerade unter den Ausländerinnen und Ausländern deutlich kleiner geworden. Allerdings müssen sich immer mehr - vor allem ausländische - Beschäftigte mit geringer Entlohnung zufrieden geben, stieg doch die Zahl der so genannten 400-Euro-Jobs in den letzten Jahren kontinuierlich.

3.2.2 Kulturelle Integration

*Jeder zweite Schulanfänger
ausländischer Herkunft*

Im Mittelpunkt der kulturellen Integration steht der - möglichst frühzeitige - Erwerb der deutschen Sprache als entscheidende

*hat Schwierigkeiten
mit der deutschen Sprache*

Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Anlässlich der vom Gesundheitsamt durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen wurden im Jahr 2005 bei 53,8 % der einzuschulenden Migrantenkinder Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache festgestellt - sei es hinsichtlich Wortschatz, Grammatik oder Sprachverständnis. Der Befund betraf die untersuchten ausländischen Jungen (57,2 %) stärker als die Mädchen (49,7 %). Da das Gesundheitsamt in den letzten Jahren die Untersuchungstechnik und die Diagnostik der Sprachentwicklung verbessert hat, ist ein Vergleich mit den Vorjahren nicht mehr möglich; etwaige Veränderungen in diesem Bereich können daher erst in Zukunft nachgewiesen werden.

*Gesundheit
im Kindesalter*

Das Monitoringsystem enthält zwei Kennzahlen zur Gesundheitssituation von Schulanfängern, die ebenfalls aus den jährlich durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen stammen. Demnach nehmen derzeit rund 85 % der Kinder deutscher Herkunft, aber nur 67 % der Migrantenkinder an der letzten (freiwilligen) Früherkennungsuntersuchung vor der Einschulung teil. Dass die Partizipation im Vorjahr noch niedriger war, lässt aber auf gewisse Fortschritte schließen. - Keine nennenswerte Veränderung dagegen gab es bei der Zahl übergewichtiger Kinder. Nach wie vor werden die Befunde "Übergewicht" und "Adipositas" bei Kindern ausländischer Herkunft fast doppelt so häufig erhoben wie bei Kindern deutscher Eltern.

3.2.3 Soziale Integration

*Neue Indikatoren
zur sozialen Integration*

Im Bereich "Multikulturelles Zusammenleben" weist das Monitoringsystem nunmehr zwei Indikatoren zum Heiratsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund aus. So wird die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen als Maßstab dafür genommen, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingegliedert haben. Als Kennzahl dient hier die "Einheiratsquote", die den Anteil derjenigen unter allen eheschließenden Migranten angibt, die in die deutsche Gesellschaft einheiraten.

Diese Quote lag in den letzten Jahren bei rund 28 %, d. h. gut jede vierte Person ausländischer Herkunft, die in diesen Jahren heiratete, schloss die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. Der Prozentsatz blieb über die (kurze) Zeitreihe recht stabil. Es fällt auf, dass Frauen ausländischer Herkunft häufiger in die deutsche Gesellschaft einheiraten als Männer.

*Partnersuche
im Herkunftsland*

Während ein hoher Anteil von Ehen zwischen Migranten und Einheimischen auf soziale Annäherung und damit auf Integrationsfortschritte hinweist, stellen Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, ein Integrationsrisiko dar. Im vergangenen Jahr hatte bei 44,7 % der Eheschließungen von Migranten einer der beiden Partner - in der Mehrzahl der Fälle die Ehefrau - den Wohnsitz im Ausland. Der Vergleich mit den Vorjahren weist auf eine leicht sinkende Tendenz hin.

3.2.4 Identifikatorische Integration

*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, war 2005 in Wiesbaden erneut rückläufig. Die Einbürgerungsrate liegt in Wiesbaden derzeit bei nur 2,5 Personen je 100 Anspruchsberechtigte. Auch hessenweit ist die Zahl der Einbürgerungen 2005 abermals gesunken. Der Effekt der Gesetzesreform, die seit dem Jahr 2000 die Einbürgerung erleichtert, scheint mittlerweile abgeklungen zu sein, und offensichtlich bietet der Wechsel der Staatsangehörigkeit aus der Sicht vieler Migranten keine spürbaren Vorteile.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
► A. Strukturelle Integration									
► A.1 Rechtliche Integration									
A.1.1 Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit (in %)	a)	2000 2002 2003 2004 2005	60,8 62,3 62,1 66,6 65,4	60,0 62,8 62,6 67,7 66,4	61,6 61,8 61,6 65,5 64,5	X X X X X	X X X X X	X X X X X	
A.1.2 Anteil der Ausländer mit Anspruch auf Einbürgerung (in %)	a)	2000 2002 2003 2004 2005	48,1 49,1 49,1 49,4 50,5	47,8 48,6 48,7 49,1 51,4	48,5 49,6 49,6 49,7 49,5	X X X X X	X X X X X	X X X X X	
► A.2 Integration in das Bildungssystem									
A.2.1 Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch unter 2 Jahren (in %)	b)	2002 2003 2004 2005	16,1 16,4 14,9 15,6	17,1 19,1 13,4 16,1	15,0 15,3 16,5 15,1	6,0 5,4 5,8 6,9	6,0 5,0 5,8 7,1	6,0 5,9 5,7 6,7	
A.2.2 Anteil der Gymnasialschüler an weiterführenden Schulen (in %)	a)	1996/97 2002/03 2003/04 2004/05 2005/06	26,1 24,3 23,7 24,5 25,7	. 23,1 23,0 23,8 24,9	. 25,5 24,4 25,2 26,4	58,9 57,2 57,4 58,5 59,0	. 54,6 55,0 56,2 57,3	. 59,7 59,6 60,7 60,7	
A.2.3 Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (in %)	a)	1993 1996 2001 2002 2003 2004 2005	20,8 21,2 17,2 13,9 14,0 16,3 16,2	. . 21,4 17,2 16,9 19,1 17,9	. . 13,0 10,6 11,0 12,7 14,4	5,3 5,7 6,7 5,4 4,7 5,3 6,8	. . 7,4 5,8 5,8 6,1 9,5	. . 5,9 4,9 3,8 4,6 4,4	
A.2.4 Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)	a)	1991 1997 2001 2002 2003 2004 2005	20,3 29,5 22,9 22,0 27,7 28,7 23,7	. 33,0 27,1 26,5 32,5 33,2 29,3	. 24,4 17,4 16,2 21,2 23,0 16,3	5,2 10,5 7,8 9,0 10,8 10,7 8,1	. 11,2 8,8 9,9 11,8 11,6 9,3	. 9,8 6,6 7,9 9,7 9,6 6,6	
► A.3 Integration in den Arbeitsmarkt									
A.3.1 Anteil der Beschäftigten ohne bzw. ohne anerkannte Berufsausbildung (in %)	a)	1991 1996 2001 2002 2003 2004 2005	46,5 42,0 38,1 36,5 35,8 34,5 31,9	44,8 41,6 37,5 36,8 36,2 34,5 31,7	49,1 42,7 39,1 36,0 35,3 34,5 32,3	17,8 14,4 14,8 14,2 13,6 13,4 13,3	15,5 12,7 14,0 13,5 13,0 12,9 12,6	20,4 16,1 15,7 14,9 14,3 14,0 14,0	
<p>1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder</p> <p>. Zahlen nicht verfügbar X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen – Trendaussage</p>									



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
Indikator	Personengruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
A.3.2 Anteil der geringfügig Entlohnten an allen Beschäftigten (in %)	a)	2001	11,6	.	.	9,6	.	.
		2002	10,7	.	.	8,7	.	.
		2003	13,4	.	.	9,2	.	.
		2004	16,0	.	.	10,1	.	.
		2005	17,5	.	.	10,1	.	.
A.3.3 Anteil der Arbeitslosen unter den 21- bis 60-Jährigen (in %)	a)	1995	8,5	11,1	5,7	4,9	6,5	4,4
		2002	9,4	11,4	7,3	6,8	7,8	5,8
		2003	10,8	13,2	8,3	7,8	9,0	6,6
		2004	11,6	13,8	9,2	8,0	9,0	7,1
A.3.4 Anteil der unter 25-Jährigen an allen Arbeitslosen (in %)	a)	1992	19,6	.	.	14,1	.	.
		1997	15,1	.	.	10,6	.	.
		2002	11,4	10,5	12,9	11,5	11,1	12,0
		2003	12,1	11,7	12,9	12,8	12,9	12,6
		2004	10,9	10,5	11,6	12,1	12,3	11,9
▶ A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
A.4.1 Konzentration der Bevölkerung auf bestimmte Wohngebiete (Segregationsindex)	b)	2002	27,5	X	X	X	X	X
		2003	27,1	X	X	X	X	X
		2004	27,3	X	X	X	X	X
		2005	26,8	X	X	X	X	X
▶ B. Kulturelle Integration								
▶ B.1 Werteannäherung								
B.1.1 Zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau)	a)	2000	X	X	1,81	X	X	1,24
		2001	X	X	1,76	X	X	1,21
		2002	X	X	1,75	X	X	1,23
		2003	X	X	1,79	X	X	1,24
		2004	X	X	1,74	X	X	1,35
		2005	X	X	1,64	X	X	1,27
B.1.2 Anteil der Bevölkerung in 5- und mehr Personenhaushalten (in %)	b)	2002	18,5	X	X	7,7	X	X
		2003	18,9	X	X	7,7	X	X
		2004	18,6	X	X	7,5	X	X
		2005	18,3	X	X	7,5	X	X
		▶ B.2 Spracherwerb						
B.2.1 Anteil der Kinder mit Defiziten der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2005	53,8	57,2	49,7	13,5	15,4	11,4
▶ B.3 Gesundheit								
B.3.1 Anteil der Kinder mit Teilnahme an der letzten Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung (U9) an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2002	63,8	62,8	65,0	80,8	80,9	80,7
		2003	65,1	64,4	65,8	82,2	84,0	80,7
		2004	61,3	62,8	59,7	81,1	80,9	81,3
		2005	67,3	66,5	68,4	84,6	85,2	83,9
		1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen – Trendaussage						

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
B.3.2 Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2003	17,9	17,0	19,0	8,9	8,1	9,8	
		2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4	
		2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7	
► C. Soziale Integration									
► C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten									
C.1.1 Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr (in %)	a)	2000	29,0	29,7	28,2	X	X	X	
		2002	30,3	31,4	29,1	X	X	X	
		2003	30,2	31,4	28,9	X	X	X	
		2004	30,4	31,8	28,8	X	X	X	
		2005	28,9	30,5	27,4	X	X	X	
C.1.2 Anteil der in Deutschland Geborenen (in %)	b)	2002	23,7	24,4	23,1	X	X	X	
		2003	25,2	25,8	24,6	X	X	X	
		2004	26,9	27,4	26,3	X	X	X	
		2005	27,3	28,0	26,5	X	X	X	
► C.2 Multikulturelles Zusammenleben									
C.2.1 Einheiratsquote. Anteil der Personen mit Partner ohne Migrationshintergrund an allen heiratenden Migranten (in %)	b)	2002	27,5	24,6	30,1	X	X	X	
		2003	29,4	27,0	31,6	X	X	X	
		2004	28,5	25,5	31,2	X	X	X	
		2005	26,8	24,2	29,2	X	X	X	
C.2.2 Heirats-Importquote: Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund (in %)	b)	2002	48,5	14,5	34,0	X	X	X	
		2003	44,9	15,9	29,0	X	X	X	
		2004	45,1	12,9	32,2	X	X	X	
		2005	44,7	12,1	32,6	X	X	X	
C.2.3 Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten (in %)	b)	2002	8,1	X	X	X	X	X	
		2003	8,0	X	X	X	X	X	
		2004	7,6	X	X	X	X	X	
		2005	7,6	X	X	X	X	X	
► C.3 Sozialkontakte zwischen Deutschen und Ausländern									
C.3.1 Anteil der Deutschen, die Kontakte zu Ausländern ... - am Arbeitsplatz - in der Wohngegend - in der Familie/ Verwandtschaft - im Freundes-/ Bekanntnenkreis haben (in %)	a)	2002	X	X	X	51,9	59,8	44,9	
		2002	X	X	X	62,7	63,0	62,4	
		2002	X	X	X	31,8	30,5	32,9	
		2002	X	X	X	71,2	76,5	66,7	
<p>1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder</p> <p>. Zahlen nicht verfügbar X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen – Trenderaussage</p>									

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
C.3.2	Anteil der Befragten, die nachbarschaftliches Zusammenleben <i>in ihrer Wohngegend</i> als „weniger gut“ oder „schlecht“ beurteilen (in %)	a)	2002	15,3 *	X	X	20,6	20,2	20,8
C.3.3	Anteil der Befragten, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern <i>im gesamten Stadtgebiet</i> als „weniger gut“ oder „schlecht“ beurteilen (in %)	a)	2002	23,0 *	X	X	25,7	23,2	27,9
► D. Identifikatorische Integration									
► D.1 Einbürgerungen									
D.1.1	Einbürgerungen je 100 Anspruchsberechtigte	a)	2000	4,2	4,2	4,1	X	X	X
			2002	3,2	3,3	3,1	X	X	X
			2003	3,9	3,9	3,9	X	X	X
			2004	3,1	2,8	3,4	X	X	X
			2005	2,5	2,5	2,5	X	X	X
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen – Trendaussage									

4 Sachstand zu den Handlungsfeldern

Die Festlegung der Handlungsschwerpunkte im Integrationskonzept basiert auf der grundlegenden Analyse der Ausgangssituation in Bezug auf die Lebenslagen der Migrantinnen und Migranten und der Stärken und Schwächen der institutionalisierten Integrationsarbeit dieser Stadt im Vorfeld der Erstellung des Integrationskonzeptes. Mit der Festlegung auf diese Handlungsfelder wurde auch eine bestimmte Organisationsform der Steuerung und Umsetzung der Handlungsziele beschlossen. Im Folgenden wird demnach systematisch zum Stand der Vernetzung und Steuerung sowie der konkreten Projekte in den jeweiligen Handlungsfeldern berichtet.

4.1 Sprachkompetenz

Das wollen wir erreichen:

Die Migrantinnen und Migranten verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Muttersprache in Wort und Schrift.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. In Wiesbaden aufwachsende Kinder aus Migrantenfamilien erlernen systematisch die deutsche Sprache unter Berücksichtigung und Förderung der Zweisprachigkeit.
2. Es existieren speziell integrierte Bildungsangebote für Eltern (insbesondere Mütter) und Kinder.
3. Das Angebot an Sprachkursen/ Grundbildungskursen für Frauen mit Kinderbetreuung und nach Bedarf mit sozialpädagogischer Betreuung ist bedarfsgerecht gesteigert.
4. Die Angebote werden stärker angenommen.

Steuerung und Vernetzung

Netzwerk der Sprach- und Integrationskursträger

Zur Optimierung des Angebotes an Sprachkursen in Wiesbaden wurde unter Federführung des Einwohner- und Integrationsamtes bereits 2004 ein Netzwerk der Sprachkursträger Wiesbadens etabliert mit dem Ziel, die Bedarfe an Sprachkursen zielgruppenspezifisch zu erfassen und das Angebot entspre-

chend auszurichten. Auf dieses gut etablierte Trägernetzwerk konnte nun für die Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz aufgebaut werden und weitere Akteure wie die Regionalkoordination des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie die Kommunale Arbeitsvermittlung eingebunden werden.

Näheres dazu findet sich in Kapitel 2: Integrationskurse nach dem Zuwanderungskonzept.

Trägernetzwerk

"Mama lernt Deutsch" ausgebaut

Das sehr erfolgreiche Projekt "Mama lernt Deutsch" wurde mit insgesamt 36 Kursen an Grundschulen, Moscheen und Kitas weitergeführt. Die Anzahl der Trägerschaft wurde mittlerweile von fünf auf neun ausgebaut. Im Rahmen dieses Projektes hat sich der Ansatz der Vernetzung und Kooperation mit freien Trägern und anderen Akteuren dieser Stadt sehr bewährt.

Aktion "ab 3 dabei"

Das Monitoring zeigt nach wie vor deutliche Sprachdefizite bei der Gruppe der einzuschulenden Kinder mit Migrationshintergrund auf. Ein wichtiger Baustein für ausreichende Deutschkenntnisse dieser Kinder ist der ausreichende Kindertagesstättenbesuch. Unter Federführung des Amtes für Soziale Arbeit wurde eine stadtweite Infokampagne zur Steigerung des KT-Besuches in Kooperation mit vielen städtischen und nichtstädtischen Akteuren und Multiplikatoren gestartet. Näheres hierzu im Kap. 5.1.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Projekt "Mama lernt Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt	Mütter erlernen die deutsche Sprache und können den Bildungsweg ihrer Kinder kompetenter unterstützen.	41 Kurse wurden an Kitas, Grundschulen und Moscheen mit insg. 487 Frauen durchgeführt.	36 Kurse wurden an Kitas, Grundschulen und Moscheen mit insg. 460 Frauen durchgeführt.
Netzwerk Sprachkurs-träger	Einwohner- und Integrationsamt	Sprachkursangebot in Wiesbaden bedarfsgerecht optimieren.	Netzwerk mit 16 Sprachkurs-trägern etabliert, Berichtswesen ist aufgebaut.	Netzwerk Sprach- und Integrationskurs-träger läuft stabil, Steuerungs- und Berichtswesen etabliert.
Sprach- und Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz	Sprachkurs-träger	Bedarfsgerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen.	302 Sprachkurse mit insgesamt 3.830 Teilnehmer/-innen.	218 Sprachkurse mit insgesamt 2.770 Teilnehmer/-innen.
Öffentlichkeitsarbeit	Einwohner- und Integrationsamt	Optimierung der Informationen und Beratung zu Sprachkursen.	Wegweiser zum Erwerb der deutschen Sprache und weitere Infomaterialien sind erstellt und im Stadtgebiet verteilt.	Diverse Infomaterialien zum Sprachkursangebot erstellt, Informationen zu Sprachkursen auch über Internet abrufbar.
Förderung von – Tandem International, Fazit e.V. und – Fresko e.V.	Einwohner- und Integrationsamt	Aufrechterhaltung des Angebotes.	Konversationskurse in fünf Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote.	Konversationskurse in fünf Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote.
Förderung von Xenia interkulturelle Projekte gGmbH für Projekt "Bildungspaten"	Einwohner- und Integrationsamt	Förderung von Grundschulern aus bildungsbenachteiligten Familien mit Migrationshintergrund durch ehrenamtliche Patenschaften.		Derzeit werden 27 Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund von 23 ehrenamtlichen Helfern individuell in ihrem Schulprozess begleitet und unterstützt.
Förderung von Xenia interkulturelle Projekte gGmbH für Konversationskurs	Einwohner- und Integrationsamt	Sicherung der Nachhaltigkeit von erworbenen Sprachkenntnissen bei Teilnehmerinnen von Deutschkursen und "Mama lernt Deutsch"-Kursen.		Regelmäßiges Angebot wurde für eine Gruppe von ca. 15 Teilnehmerinnen etabliert.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Förderung von Kinder- und Beratungszentrum Sauerland (KBS) für Konversationskurs	Einwohner- und Integrationsamt	Sicherung der Nachhaltigkeit von erworbenen Sprachkenntnissen bei Teilnehmerinnen von Deutschkursen und "Mama lernt Deutsch"-Kursen.		Regelmäßiges Angebot wurde für eine Gruppe von ca. 15 Teilnehmerinnen etabliert.
Förderung von Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt Presberger Straße e.V. für Konversationskurs	Einwohner- und Integrationsamt	Sicherung der Nachhaltigkeit von erworbenen Sprachkenntnissen bei Teilnehmerinnen von Deutschkursen und "Mama lernt Deutsch"-Kursen.		Regelmäßiges Angebot wurde für eine Gruppe von ca. 15 Teilnehmerinnen etabliert.
Aktion "ab 3 dabei"	Amt für soziale Arbeit	Rechtzeitiger und ausreichend langer Kindergartenbesuch, v. a. bei Kindern mit Migrationshintergrund erreichen; Ziel = Förderung, soziale Integration und Verbesserung der Deutschkenntnisse.		Auftaktveranstaltung mit Multiplikatoren durchgeführt. Mehrsprachige Flyer erstellt, Infoveranstaltungen bei Migranten selbstorganisationen und Moscheen durchgeführt.
Leitfaden zum Thema bilinguale Erziehung	Einwohner- und Integrationsamt	Erhöhung der Kompetenz von Eltern und Fachpersonal im Umgang mit der Erziehung zur Bilingualität.		In Arbeit.

Ausblick

Integrationskurse ZuWg verändern die Sprachkurslandschaft

Das Angebot an Sprachkursen hat sich durch die seit 01. Januar 2005 in Kraft getretene Integrationskursverordnung verändert. Die Integrationskurse sind inhaltlich und organisatorisch stark durch das Bundesamt für Migration (BAMF) reglementiert. Einige Sprachkursträger haben ihr Angebot völlig umgestellt. Einige Träger haben die Durchführung von Integrationskursen aufgrund der hohen organisatorischen und verwaltungstechnischen Anforderungen eingestellt. Noch ist die Nachfrage deut-

lich geringer als das Angebot an Kursplätzen, so dass einige Kurse nicht zustande kamen. Einige aufenthaltsrechtliche Bedingungen³ führen zu dieser noch geringen Nachfrage. Diese Situation wird sich in 2006 voraussichtlich ändern. Es bleiben die erschwerten Bedingungen für die Kursträger. Hier ist eine Evaluation der Integrationskursverordnung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) notwendig und in Aussicht gestellt. Eine gemeinsame kritische Bewertung in Richtung BAMF ist durch den Trägerverbund mit Unterstützung des Einwohner- und Integrationsamtes bereits erfolgt.

*"Mama lernt Deutsch" wird zum
Regelangebot*

Mit dem Projekt "Mama lernt Deutsch" hat die Landeshauptstadt Wiesbaden gemeinsam mit den das Projekt tragenden Kooperationspartnern Maßstäbe gesetzt und eine Lücke im Angebot der Sprachkurse geschlossen. In 2006 werden die "Mama lernt Deutsch"-Kurse am Bedarf orientiert als Regelangebot des Einwohner- und Integrationsamtes weitergeführt. Mittlerweile besteht die Möglichkeit der Kostenübernahme dieser Kurse für SGB II Empfängerinnen, was gerade für diese Zielgruppe von besonderer Bedeutung ist.

*Leitfaden zum Thema bilinguale
Erziehung*

Bei vielen Eltern mit Migrationshintergrund, aber auch bei Fachkräften und der Aufnahmegesellschaft bestehen Unsicherheiten bezüglich der Frage, wie mit dem Thema Bilingualität und hier insbesondere mit der Muttersprache und dem erfolgreichen Erlernen der deutschen Sprache bei Migrantenkindern umzugehen ist. Hier wird vom Einwohner- und Integrationsamt in Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit und dem Gesundheitsamt für 2006 ein Leitfaden entwickelt.

Es ist geplant, die Inhalte dieses Leitfadens über Informationsveranstaltungen und Sprachkurse insbesondere möglichst frühzeitig an werdende Eltern und an Fachpersonal zu vermitteln.

³ Vgl. Kap. 2, S. 9.

4.2 Bildung

Das wollen wir erreichen:

Die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten sind nachhaltig verbessert und deren oft brachliegende Bildungsreserven sind erschlossen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Programme und Maßnahmen zur Eltern- und Familienbildung für Migrantinnen und Migranten sind entwickelt.
2. Zwischen schulischen und nicht schulischen Bildungseinrichtungen sind Kooperationsmodelle zu entwickeln, die sich besonders darauf richten, zugewanderte Familien, vor allem die Mütter, in die Bildungsprozesse ihrer Kinder stärker einzubeziehen.
3. Der Kindergartenbesuch ist bei den Gruppen von Migrantenkindern zu fördern, die bislang seltener oder kürzer als andere den Kindergarten besuchen.
4. Es existieren in allen Einrichtungen systematische Konzepte zur Schulvorbereitung.
5. Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien sind stärker als bislang in Regelklassen eingegliedert (d. h. Rückgang des Migrantenanteils in den Sonderschulklassen).
6. Grundschulen mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil an Migrantenkindern werden in Bezug auf ihre pädagogische Qualität und Integrationsleistung besonders unterstützt.
7. Seiten- und Späteinsteiger (Pendelmigration) werden als spezielle Zielgruppe gefördert.
8. Migrantenkinder werden gefördert mit dem Ziel der Verbesserung des Schulerfolgs an höheren Schulen.
9. Migrantenkinder mit guten Leistungen werden zum Übergang ins Gymnasium und vergleichbare Bildungswege gefördert.
10. Die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Berufsspektrums von jugendlichen Migranten werden gefördert.
11. Der Einstieg in die Berufsbildung von Migrantinnen und Migranten wird nachhaltig gefördert, wie zum Beispiel durch das Programm Wege zur Berufsbildung.
12. Das Bildungsangebot für erwachsene Migrantinnen und Migranten wird erhöht, deren Inanspruchnahme steigt.

Steuerung und Vernetzung

AG Konzeptentwicklung zielgruppenorientierte Elternbildung hat Arbeit erfolgreich beendet

Unter der Federführung des Amtes für Soziale Arbeit arbeitete zwischen März 2005 und Oktober 2005 eine dezernats- und trägerübergreifende Arbeitsgruppe an der Erstellung eines Konzeptes "Zielgruppenorientierte Elternbildung". An der AG beteiligt waren u. a. das Einwohner- und Integrationsamt und eine Delegierte der Familienbildungsstätten; im Rahmen eines

Workshops wurden Vertreter/-innen aus vielen weiteren Bereichen (u. a. Schule, Gesundheitswesen, Ausländerbeirat) beteiligt.

Mit Beginn der Umsetzung des inzwischen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Konzeptes wird im Jahr 2006 ein Steuerungskreis für dieses Handlungsfeld gebildet.

Plenum und AGs zum Übergang Kindertagesstätte-Grundschule gegründet

Ebenfalls unter Federführung des Amtes für Soziale Arbeit startete im Oktober das Plenum Übergang Kindertagesstätte-Grundschule, um stadtweite Standards für den ersten wichtigen Bildungsübergang zu entwickeln. Im Plenum sind Vertreter/-innen aus Kindertagesstätten verschiedener Träger, Grundschulen und dem Staatlichen Schulamt. Drei Arbeitsgruppen nahmen die Arbeit auf, die im Laufe des Jahres 2006 konkrete Empfehlungen vorlegen wollen.

AG zur Entwicklung von trägerübergreifenden Bildungsstandards in Kindertagesstätten setzt Arbeit fort

Die im Kontext des Handlungsauftrags "Verbesserung Bildungschancen von Kindern in Wiesbadener Kindertagesstätten" gegründete AG (gemäß § 78 SGB VIII) mit Vertreter/-innen aller Wiesbadener Träger von Kindertagesstätten setzte im Jahr 2005 ihre Arbeit fort. Ziel dieser AG ist die Empfehlung trägerübergreifender fachlicher Standards der Bildungsarbeit in Kindertagesstätten. Empfehlungen aus den Bildungsfeldern Sprache (Sprachstandserhebung) und Bewegung liegen inzwischen vor.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden	Amt für Soziale Arbeit	Datengestützte Bestandsaufnahme zur Bildungsbeteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen im vorschulischen und schulischen Bereich, darunter insbesondere die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Kindern sowie zwischen Jungen und Mädchen. Identifizierung von kommunalen Handlungsfeldern zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung.	Bildungsbericht liegt vor.	Der Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung ist in 12/05 vom Magistrat beschlossen worden. Die vorgeschlagenen Handlungsprogramme zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung wurden beauftragt. Ergänzend sollen weitere repräsentative Analysen zur schichten-spezifischen Bildungsbeteiligung und zur Bedeutung der non-formalen und informellen Bildung vorgenommen werden.
Handlungsprogramm zur Verbesserung der Bildungschancen und – ergebnisse von Kindern in Kindertagesstätten	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Bildungschancen für Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten.	Handlungsprogramm liegt vor.	Programm z. T. umgesetzt (trägerübergreifende Standards Sprache und Bewegung fertig; Übergang KT-Grundschule in Vorbereitung; Öffnung städt. Fortbildungsangebote für andere Träger, Konzept Elternbildung s. u.).
Zielgruppenorientierte Elternbildung – Konzeptentwicklung	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Teilhabe bildungsferner Eltern mit und ohne Migrationshintergrund an Maßnahmen der Elternbildung, dadurch Verbesserung Versorgungs-, Erziehungs- und Förderkompetenz.		Handlungsprogramm liegt vor. STVV-Beschluss zur Umsetzung 1. Phase (2006/07) liegt vor.

Ausblick

Der Handlungsbereich Bildung als Schlüsselbereich für eine erfolgreiche Integration der jungen Migrantinnen und Migranten hat zum Ende des Jahres 2005 die erforderlichen Umsetzungsbeschlüsse der städtischen Körperschaften erhalten. In 2006 wird es nun darum gehen, die beauftragten Handlungsprogramme zur Elternbildung, zur Verbesserung der Bildungschancen in Kindertagesstätten und die einzelnen Programmpakete im Gefolge des Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung operativ "auf den Boden" zu bringen.

4.3 Teilhabe am Arbeitsmarkt

Das wollen wir erreichen:

Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit ist quantitativ und qualitativ verbessert. Hier liegt besonderes Augenmerk bei Mädchen und Frauen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Die Anpassungsfähigkeit von Migranten an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist insbesondere durch Bildung und Fortbildung zu verbessern.
2. Nachhaltige Existenzgründungen und die Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen von Migrantinnen und Migranten sind gefördert.
3. Netzwerke mit Vertretern der Wirtschaft sind aufgebaut.

Die lokale Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung formiert sich neu

Die Zuständigkeiten für die arbeitsmarktbezogenen Leistungssysteme sind durch die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige in das Leistungssystem des SGB II "Grundsicherung für Arbeitsuchende" starken Veränderungen unterworfen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat als zugelassener kommunaler Träger die gesamte Verantwortung für die Förderung der Langzeitarbeitslosen übernommen. Durch diese Wahrnehmung der "kommunalen Option" können die in den letzten Jahren entwickelten Strukturen, Institutionen und erfolgreichen Qualifizierungs- und Vermittlungsprogramme

in kommunaler Verantwortung fortentwickelt werden.

Die Kommunale Arbeitsvermittlung "kommAV" hat in 2005 ihre Arbeit erfolgreich für über 16.000 erwerbsfähige Hilfebedürftige im Alter über 25 Jahren aus dem SGB II aufgenommen, ca. 60 % dieser Personen sind arbeitslos. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den SGB II-Berechtigten beträgt 34 %.

Im Jahr 2005 konnten fast 3.800 Arbeitsuchende aller über 25-Jährigen in Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen vermittelt werden.

Die Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden hat aufgrund der Erfahrungen aus dem Wiesbadener Programm "Wege zur Berufsbildung für Alle", welches insbesondere auch für jugendliche Arbeit oder Ausbildungsplatz suchende Migrantinnen und Migranten erfolgreiche Wege in Berufsausbildung und Erwerbsarbeit ermöglicht hat, nun für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit SGB II-Leistungen unter 25 Jahren ohne berufliche Ausbildung die Zuständigkeit übernommen. Hier wurden im Dezember 2005 ca. 1.500 Arbeitsuchende beraten und in Qualifizierungsmaßnahmen oder in berufliche Ausbildung vermittelt. 2005 konnten über 1.400 Personen in Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen integriert werden. Ca. 300 Personen konnten eine Berufsausbildung aufnehmen.

Angesichts dieser Umbruchsituation wurde im Jahr 2005 auf eine spezifische auf die Integration von Migrantinnen und Migranten fokussierte Programmarbeit verzichtet, allerdings wurde in der obligatorischen Qualifizierung der Fallmanagerinnen und Fallmanager sowohl auf die Genderaspekte als auch auf interkulturelle Anforderungen und Kompetenzen großer Wert gelegt.

Im Laufe des Jahres 2006 werden auch genauere Daten zum Migrationshintergrund bzw. zur Nationalität verarbeitet werden können, die weitere programmatische Planungen und gegebenenfalls besondere Programme für diesen Personenkreis unterstützen.

4.4 Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil

Das wollen wir erreichen:

Die Wohnsituation der auf dem Wohnungsmarkt benachteiligten Haushalte, vor allem der Familienhaushalte mit Migrationshintergrund, ist weiter verbessert und den Wiesbadener Normalbedingungen angenähert worden. Das gilt vorrangig für die angemessene Wohnungsgröße.

Ethnisch geschlossene Quartiere haben sich nicht herausgebildet, die sozialräumliche Entmischung hat nicht zugenommen, die Aufnahmegesellschaft hat sich weiter geöffnet für das interkulturelle Zusammenleben in den Nachbarschaften, in den Stadtteilen und in der Nutzung lokaler Infrastrukturen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Für die oben genannten Zielgruppen geeignete Wohnraumangebote sind durch Bestandspflege und Neubau erhalten und erweitert worden.
2. Zugangschancen und Belegungsrechte zugunsten der oben genannten Haushalte sind erhalten und erweitert worden, ohne deren räumliche Konzentration im Stadtgebiet zu erhöhen.
3. Die sozial gebundenen bzw. bewirtschafteten Wohnungen werden bedarfsgerecht und nach Maßgabe funktionsorientierter Nachbarschaften belegt. Die im Zuge der Konsolidierung entwickelten und in Verbindung mit den Wohnungsunternehmen flexibel gestalteten Vergabeverfahren folgen diesen Grundsätzen.
4. Die Bildung von Wohneigentum durch Haushalte mit Migrationshintergrund wird gefördert und nimmt zu.
5. Die Chancen der Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe am Leben in den örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität in eigenen Gruppen sind in der Stadt und vor allem in den Stadtteilen gewachsen. Die Aktivitäten von Migrant/-innen in Vereinen werden gefördert, soweit sie der gesellschaftlichen Integration nicht abträglich sind. Die Migrant/-innen-Communities sind in die Stadtteilarbeit einbezogen.
6. Ein Netz stadtteilorientierter Angebote und eine dazugehörige soziale Infrastruktur sichert und verstärkt die sozialen Teilhabe-Chancen der Migrant/-innen; dieses in Wiesbaden besonders tragfähige Netz wird im Verbund verschiedener Träger und Initiativen auch unter Konsolidierungsdruck weiterentwickelt.

Steuerung und Vernetzung

Programm "AKTiS – Aktiv im Stadtteil"

Das Amt für Soziale Arbeit hat von Ende 2000 bis Ende 2005 das Projekt "AKTiS – Aktiv im Stadtteil" in sieben Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen durchgeführt. In den Stadtteilen Schelmengraben, Bergkirchenviertel, Luxemburgplatz/ Adolfsallee, Kastel-Mitte, Hollerborn/ Schlangenbader Straße und den Quartieren Nördliche Waldstraße und Hasenspitz/ Eulen-

straße war das Ziel, gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern und den sozialen Akteuren in Schulen, Einrichtungen und Diensten konkrete Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation und des sozialen Zusammenhaltes zu gestalten und durchzuführen.

Projekte in den Stadtteilen des Programms AKTiS

Auf der Basis von Stärken- und Schwächen-Analysen wurden "Handlungsmittelpunkte" definiert. Die hiervon abgeleiteten Projekte bezogen sich häufig auf Aspekte und Probleme der Lebenssituation von Migranten und Migrantinnen. Die in den Vorjahren bereits begonnenen Projekte insbesondere zur verbesserten Bildungsbeteiligung konnten verstetigt und ausgebaut werden (z. B. Bildungspaten und -patinnen, Lese und Schreibservice). Neue Projekte wie z. B. das Projekt "Lernen lehren wird zur Ehrensache" an der Friedrich von Schiller Grundschule, eine auf ehrenamtlicher Basis getragene Hausaufgabenbetreuung für 40 Kinder, sind hinzugekommen und haben sich zu einem dauerhaften Angebot entwickelt.

Tauschringe, Stadtteilstefte und die Anmietung von Ladenlokalen als Treffpunkt und Ort für Bildungsangebote (Internationaler Treffpunkt für Bildung, Begegnung und Beratung von Xenia Interkulturelle Projekte im Bergkirchenviertel und der Kasteler Laden) fördern die Kompetenzen und Selbsthilfekräfte der Bewohnerinnen und Bewohner und unterstützen die Selbstorganisation und den sozialen Zusammenhalt in den Nachbarschaften und Siedlungen ebenso wie soziokulturelle Projekte, die die Selbstdarstellung von ethnischen Gruppen im Stadtteil (z. B. Kulturclub Schelmengraben) ermöglichen.

Konzept der sozialräumlichen Entwicklungsplanung

Auf der Grundlage der vielfältigen Erfahrungen des Projektes AKTiS wurde ein Konzept der sozialräumlichen Entwicklungsplanung erstellt, das weitere Stadtteile einschließt und ab 2006 im Amt für Soziale Arbeit zur Geltung kommen wird.

Wohnen und Stadterneuerung

1. Vorbemerkung

In den Aussagen und Zielen des Integrationskonzepts für das Handlungsfeld "Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil" wird ausdrücklich betont, dass eine spezielle Woh-

Keine spezielle Wohnungs- oder Stadtteil-Entwicklungspolitik für

Migrant/-innen

nungs- oder Stadtteil-Entwicklungspolitik für Migrant/-innen nicht Ziel führend oder sogar kontraproduktiv wäre.

Dementsprechend wurden Ziele formuliert, die sich in eine breitere Aufgabenstellung kommunaler Daseinsvorsorge für Menschen und Haushalte einordnen, die auf dem Wohnungsmarkt oder durch ihre Wohn- bzw. Wohnumfeldsituation benachteiligt sind.

Die Erfüllung dieser Aufgaben vollzieht sich in der laufenden Tätigkeit vor allem des Wohnungsamtes in den Produktbereichen "Wohnungsvermittlung", "Wohnungsnotfallhilfen", "Wohnungsbauförderung" und "Stadterneuerung/ Wohnraumerhaltung". Die quantitativen und qualitativen Ergebnisse dieser Tätigkeit werden über das Jahresprogramm des Wohnungsamtes mit den darin enthaltenen Produkt- bzw. Projektbeschreibungen gesteuert und durch laufende Geschäftsstatistiken dokumentiert.

Hinzukommen die stadtteilorientierten Projekte, die unter Federführung des Wohnungsamtes im Rahmen kooperativer Erneuerungsstrategien darauf abzielen, benachteiligte, in ihrer Zukunftsfähigkeit gefährdete Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig zu stabilisieren.

2. Wohnungsbedarf und Wohnsituation von Migrant/-innen Haushalten in Wiesbaden

2.1 Es gibt keine pauschale Antwort auf die Frage, wie Migrant/-innen-Haushalte in Wiesbaden wohnen; mit jeder Generation nimmt auch die Differenzierung der Wohnverhältnisse zu:

Eigentumsbildung bei Personen mit Migrationshintergrund nimmt zu

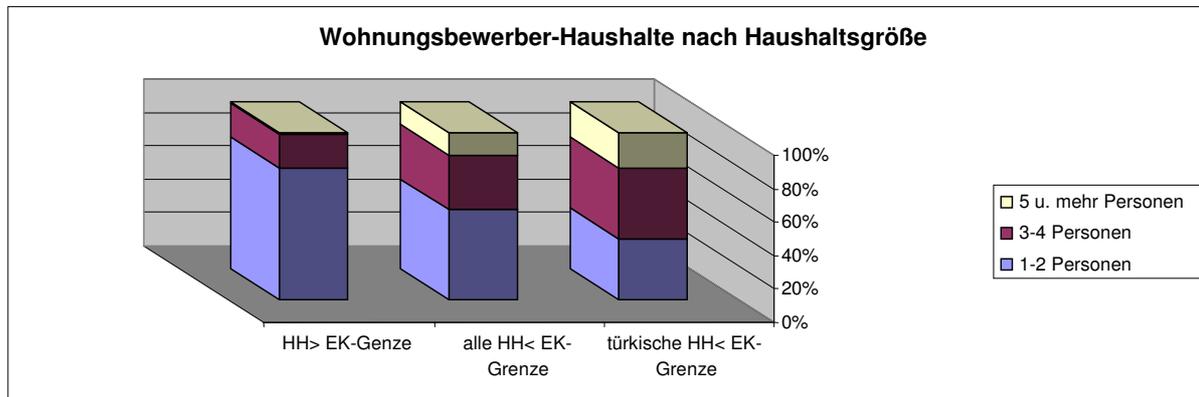
Die meisten wohnen zur Miete und familienorientiert im preiswerteren Segment, es gibt aber auch ein wachsendes Interesse an Eigentumsbildung, und Personen mit Migrationshintergrund treten auch verstärkt als Investoren und Eigentümer von Mietobjekten in den hauptsächlich von

Migrant/-innen-Haushalten bewohnten Quartieren in Erscheinung.

2.2 Auch bei unvollständiger Datenlage sind anhand systematischer Beobachtung einige qualifizierte Aussagen über die Wohnverhältnisse von Migranten/-innen- Haushalten in Wiesbaden möglich:

- die Angebotsseite des Wohnungsmarktes ist der bestimmende Faktor für die Wohnstandorte und die Wohnqualitäten der Migranten-Haushalte, d. h. die eigenen Präferenzen treten aufgrund einer überwiegend schwachen Nachfrageposition auf dem hochpreisigen Wiesbadener Wohnungsmarkt demgegenüber zurück,
- begrenzte Mietzahlungsfähigkeit und teilweise soziale Diskriminierung wirken als Filter,
- Familienorientierung und spezifisches Haushaltsbildungsverhalten führen häufig zu Überbelegungen und erzeugen eine große Nachfrage nach bezahlbaren 3-4 Zimmer-Wohnungen, die schwer zu finden sind,
- dieses Bedarfsprofil ist an der Struktur der Warteschlange beim Wohnungsamt ablesbar: ca. 37 % aller registrierten 3.500 Bewerbungen entfallen auf Migranten- Haushalte , dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie der Migranten-Anteil an allen Wiesbadener Haushalten,
- die Gruppe der kleinen Nationalitäten (Asien, Afrika) ist dabei besonders stark überrepräsentiert, weil diese Gruppen kaum über eigene leistungsfähige soziale Netzwerke verfügen und somit doppelt benachteiligt sind.





- die Nachfrage nach größeren Wohnungen spiegelt die jeweilige Haushaltssituation; das wird deutlich am Vergleich der türkischen Bewerbungen mit denen aller gemessen an der Einkommensgrenze berechtigten und nicht berechtigten Haushalte, die bei der Wohnungsvermittlungsstelle des Wohnungsamtes registriert sind.

2.3 Typische Migranten-Wohngebiete haben sich durch Filter- und Konzentrationsprozesse der letzten drei Jahrzehnte herausgebildet.

Als relativ stabile sozial-räumliche Zonen haben sich vor allem zwei Gebietstypen herausgebildet:

- Ältere nach Zustand und Ausstattung weniger attraktive Wohngebiete der inneren Stadt, oft mit starker Verkehrsbelastung und hoher Dichte der Bebauung und Bevölkerung, die Ausländerquoten um 40 % aller Einwohner/-innen (z. B. Westend, Bergkirchenviertel, Alt Biebrich etc.) aufweisen,
- Großsiedlungen des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus aus den 60er bis 90er Jahren mit Ausländer – Quoten um die 20 % aller Einwohner/-innen (z. B. Schelmengraben, Klarenthal, Gräselberg etc.)

2.4 Die Dynamik verläuft aber nicht nur in eine Richtung: So ist der Segregationsindex, also das Maß der ethnischen Konzentration, in den letzten 10 Jahren von ca. 30 Punkten auf ca. 27 Punkte gesunken. Zugleich steigt der Segregati-

Segregationsindex ist in den letzten 10 Jahren von ca. 30 Punkten

auf ca. 27 gesunken.

Segregationsdruck steigt für alle sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Migrant/-innen-Haushalte werden zu einer Schlüsselgruppe auf dem Miet- und Eigentumsmarkt

Mangel an Räumen z. B. für türkische Hochzeiten ist weiterhin

onsdruck für alle sozial benachteiligten und armen Bevölkerungsgruppen.

Diese räumliche Konzentration der ärmeren Bevölkerung hat fraglos eine deutlich ethnische Komponente, weil Migranten/-innen besonders von Arbeitslosigkeit betroffen und somit von Transferleistungen nach SGB II/ ALG II, sowie den damit verbundenen Regularien der Wohnkosten abhängig sind.

Andererseits ist ihr sozialer Zusammenhalt meist fester als der von Einheimischen in vergleichbarer Situation und damit die Fähigkeit zur Selbsthilfe in kleinen meist familiären Netzen ausgeprägter.

2.5 Es kommt auf den Maßstab der Konzentration an (Stadtteil, Quartier, Hausgemeinschaft) und darauf, dass die Begleiterscheinungen bzw. Folgen dieser ethnischen Konzentration erst vor dem Hintergrund materieller und kultureller Armut problematisch werden und bearbeitet werden müssen. Hier können nur die Akteure von öffentlicher und privater Seite – vor allem unter Mitwirkung der Wohnungswirtschaft – gemeinsam etwas erreichen. Dabei sind alle Ressourcen und Aspekte der Lebensqualität von Interesse. Das ist die Grundphilosophie des Bund-Länder-Programms zur "Sozialen Stadt", die aus dieser Debatte hervorgegangen ist.

2.6 Zudem liegt es auch sehr im Interesse der Wohnungswirtschaft, auch der wachsenden Zahl von sozialen Aufsteigern/-innen mit Migrationshintergrund angemessene Angebote zu machen. Schon aus demographischen Gründen werden Migranten/-innen-Haushalte angesichts einer absehbar schrumpfenden Nachfrage in der Altersgruppe von Haushaltsgründern/-innen ohne Migrationshintergrund zu einer Schlüsselgruppe auf dem Miet- wie dem Eigentumsmarkt.

2.7 Die stadtteilorientierte Infrastruktur soll auch bessere Chancen zur sozialen Teilhabe von Migranten/-innen am

ungelöstes Problem

Leben der örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität eröffnen. Auf diesem Gebiet erweist sich die mangelhafte Verfügbarkeit von Räumen für größere Familienfeiern, vor allem Hochzeiten weiterhin als ungelöstes Problem.

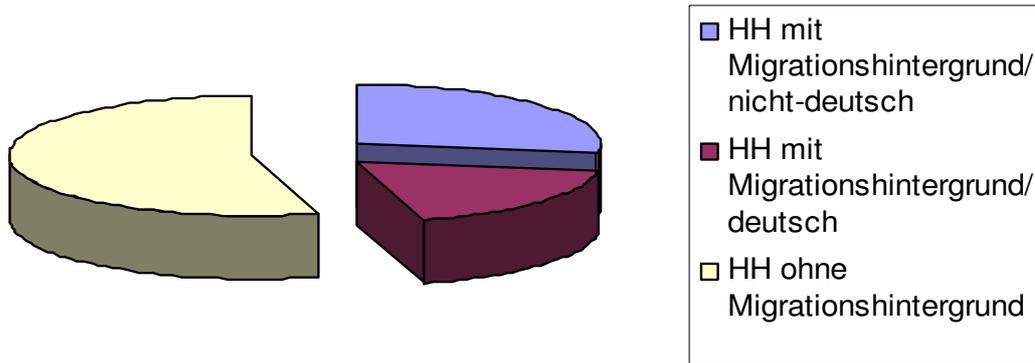
Nur wenige Bürgerhäuser oder andere im Umkreis der Kommune betriebene Räumlichkeiten haben die erforderliche Kapazität. Dort sind im Laufe eines Jahres aufgrund anderer Nutzungsansprüche sowie bestehender Nutzungsbeschränkungen wegen berechtigter Nachbarschaftsinteressen nicht mehr als 10 – 15 Termine verfügbar. Z. Z. sind mehrere privatwirtschaftliche Initiativen bemüht, diesen insbesondere für die türkische Community bedrückenden Engpass durch "unternehmerische" Lösungen an geeigneten Standorten z. B. in Gewerbegebieten zu überwinden.

3. Der Beitrag der Wohnungsagentur beim Wohnungsamt zur Wohnungs-Versorgung von Migranten/-innen-Haushalten im Jahr 2005

Der Gesamtumsatz des von Wohnungsgesellschaften im Jahr 2005 an die Wohnungsagentur beim Wohnungsamt freigemeldeten Wohnraums belief sich auf 1.221 Wohneinheiten. Deren Vergabe kann für alle im EDV-Verfahren FEBAG abgewickelten Vorgänge (ca. 1.100 WE) verfolgt und dokumentiert werden. Eine Auswertung der Daten unter dem Gesichtspunkt des Migrationshintergrundes, der sich allerdings nicht exakt abbilden lässt, ergibt folgendes Bild:

- Nahezu die Hälfte aller Wohnungen (ca. 45 %) wurde an Haushalte mit Migrationshintergrund vermittelt.
- Darunter waren jedoch nur ca. 27 % Nicht-Deutsche und außer den Deutschen aus Russland bereits viele Eingebürgerte, davon wiederum waren etwa ein Drittel türkischer Herkunft.

Durch die Wohnungsagentur beim Wohnungsamt 2005 mit Wohnraum versorgte Haushalte



4. Wohnraumkonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden

Ein wichtiger Schritt in der strategischen Orientierung der kommunalen Wohnungspolitik bzw. aller wohnungspolitisch relevanten Politikfelder in Wiesbaden auf die Ziele des Integrationskonzepts war die Verabschiedung des "Wohnraumversorgungskonzepts für die Landeshauptstadt Wiesbaden" durch die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2005.

Strategische Ziele und konkrete Maßnahmen der kommunalen Wohnungspolitik für die nächsten 5 Jahre

Das Konzept ist auf der Grundlage des ca. drei Jahre alten Wohnraumförderungsgesetzes und entsprechender Empfehlungen des Landes Hessen im Sozialdezernat erarbeitet und mit vielen Partnern vorher abgestimmt worden. Es enthält strategische Ziele und konkrete Maßnahmen der kommunalen Wohnungspolitik für die nächsten fünf Jahre. Wesentlich ist aber vor allem der politische Konsens zur Notwendigkeit eines kommunalen Engagements auf dem Wohnungssektor im Sinne der Markt ergänzenden Daseinsvorsorge.

Die sozialen Schutzfunktionen dieser Wohnungspolitik beziehen Migranten/-innen-Haushalte ausdrücklich ein, das gilt konkret für die gesetzten Schwerpunkte:

- Erhalt von sozialen Bindungen,
- Absicherung der Wohnkosten im Rahmen des ALG II,
- Belegungsvereinbarungen mit den Wohnungsunternehmen,
- Baulandmobilisierung für gezielten, d. h. vor allem auch familienorientierten Neubau im Miet- und Eigentumsbereich für untere und mittlere Einkommensgruppen,
- Vermeidung von Wohnungsverlusten und Ausschluss von Sonderwohnformen/ "Schlichtwohnungen" für Obdachlose.

5. Stadteilerneuerungs- und Entwicklungsprojekte unter Federführung oder Mitwirkung des Wohnungsamtes

Programm "Soziale Stadt"

An erster Stelle stehen die beiden Wiesbadener Standorte im Programm "Soziale Stadt": "Inneres Westend" und "Biebrich/ Südost", die gleichermaßen durch Migration geprägt sind, sowohl in der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung als auch in der gewerblichen Struktur. Hier sind im letzten Jahr wichtige Schritte zur nachhaltigen Verbesserung und Aufwertung der Umfeldbedingungen für Wohnen und Gewerbe gelungen: so etwa das Beteiligungsverfahren zur Umgestaltung des Rheinufers und der Beginn der Ordnungsmaßnahmen, der Ausführungsbeschluss zur Realisierung des Wellritz hofs mit Seniorenwohnungen, offener Kinderarbeit, Bewegungsangeboten und einer öffentlichen Freifläche.

Typische Wohngebiete der Migrant/-innen werden auch für andere Gruppen attraktiv gehalten zur Vermeidung von sozialer Isolation.

Diese Schritte sind von strategischer Bedeutung, weil sie darauf abzielen, typische Wohngebiete der Migranten/-innen auch für die dortigen "Aufsteiger" und andere Gruppen in mittleren sozialen Positionen attraktiv zu erhalten. Nur so wird die soziale Isolation der dortigen Bevölkerung auf Dauer vermieden und der dafür nötige Zufluss privater Investitionen begünstigt.

Fortgeführt wurden im Jahr 2005 auch die vergleichbaren Projekte im Sanierungsgebiet "an der Bergkirche", in "Klarenthal Nord" und in der sog. "Kostheimer Siedlung" – jeweils in enger Verbindung mit der Wohnungswirtschaft und

Concierge-Projekt in Klarenthal-Nord gutes Beispiel für Vernetzung.

anderen lokalen Partnern. Auch diese Stadtteile gehören zu den bevorzugten Wohngebieten von Migranten/-innen-Haushalten in Wiesbaden. Hervorzuheben ist das nach längerem Vorlauf in Klarenthal-Nord, in den Hochhäusern an der Hermann-Brill-Str. angelaufene Concierge-Projekt. Bemerkenswert ist dieses Projekt, weil es auf der Zusammenarbeit von drei Wohnungsgesellschaften mit dem auch von der Stadt Wiesbaden unterstützten Stadtteilbüro des dortigen Volksbildungswerks beruht und für vergleichbar schwierige Wohnlagen mit hohem Migranten/-innen-Anteil beispielhafte Erfahrungen liefern kann.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Projekt AKTiS - Aktiv im Stadtteil	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Lebenssituation und des sozialen Zusammenhaltes in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen.	Entwicklungspläne für sechs Stadtteile liegen vor, konkrete Handlungsprojekte mit breiter Beteiligung sind installiert.	Soziale Stadtteilentwicklungspläne sind fortgeschrieben. Wesentliche soziale Herausforderungen sind projektförmig und beteiligtenorientiert bearbeitet. Konzept zur zukünftigen sozialräumlichen Entwicklungsplanung im Amt für Soziale Arbeit ist erstellt.
Programm Soziale Stadt "Inneres Westend"	Wohnungsamt	Zukunftsfähigkeit der Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig sichern.	Planmäßiger Projektfortschritt, insbes.: Maßnahmen zur Aufwertung der Wellritzstr. erfolgreich umgesetzt (Auszeichnung im Bundeswettbewerb soziale Stadt!), Wohnprojekt Wellritzhof im Förderprogramm 2003 beschlossen.	Wellritzhof-Projekt mit allen Konzeptbausteinen (Senioren-Wohnen, Kinderzentrum, Spiel- und Bewegungshalle, "Grüne Oase") konzeptionell geklärt und politisch abgesichert. Zuschuss zur neuen Gymnastikhalle des Turnvereins "Eintracht" beschlossen. Umsetzung i. V. mit dem Caritas Verband eingeleitet. Initiative des Gewerbevereins zur Belebung des Platzes d. dt. Einheit, z. B. Biergarten "Zusammenhalt". Erneuerung des Bolzplatzes an der Bertramstr. und Umgestaltung des Hofes der Blücherschule.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Programm Soziale Stadt "Biebrich Südost"	Wohnungsamt	Zukunftsfähigkeit der Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig sichern.	Planmäßiger Projektfortschritt, insbes. Erneuerung des Ge-WeGe-Wohnkomplexes mit Freiflächen am Bauhof abgeschlossen, Jägerhofneugestaltung abgeschlossen, soziokulturelles Quartierszentrum Bauhof im Probebetrieb, konkrete Planungsschritte zur Umgestaltung des Rheinufers u. der Industriegrenze.	Offener Beteiligungsprozess zur Umgestaltung des Rheinufers erfolgreich realisiert, Umsetzung eingeleitet, soziokulturelle Stadtteilarbeit auf dem "Bauhof" stabilisiert und ausgebaut, neue Initiativen zur Gewerbeentwicklung mit Partnern aus der Migrantenökonomie.
Förderung des Projektes "Seniorentreff Klarenthal" Volksbildungswerk Klarenthal e.V. (VBW)	Einwohner- und Integrationsamt	Integration von älteren Menschen mit Migrationshintergrund in den Seniorentreff des Stadtteils.		Konzept ist entwickelt, Maßnahme befindet sich im Aufbau.

Ausblick

Auf dem Gebiet der kommunalen Wohnungspolitik geht es jetzt darum, die Ziele und Beschlüsse zum Wohnraumversorgungskonzept wirksam werden zu lassen.

In den Gebieten der Sozialen Stadt stehen Schlüsselprojekte vor der Realisierung: Im Westend Beginn der Bauarbeiten auf dem Wellritzhof und dem Grundstück des Turnvereins "Eintracht", in Biebrich Umgestaltung des Rheinufers, Öffnung und Umnutzung des ehem. Zollgeländes. Damit wird die Wohnumfeld-Qualität in besonders migrationsgeprägten Wohngebieten beispielhaft aufgewertet.

4.5 Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung

Das wollen wir erreichen:

Der Zugang zu gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen, Pflege und effektiveren Behandlungsformen mit besseren Verständigungsmöglichkeiten ist zu verbessern.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Datengrundlagen für diesen Kompetenzbereich sind entwickelt. Akteursnetzwerke sind aufgebaut.
2. Bei der Bearbeitung des Themenfeldes Gesundheitsvorsorge, Pflege und soziale Beratung finden die Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten besondere Berücksichtigung.

Steuerung und Vernetzung

Steuerungskreis Gesundheit eingerichtet

Seit Beginn 2005 wurde ein stadtübergreifender Steuerungskreis zur Umsetzung und Steuerung des Handlungsfeldes Gesundheit eingerichtet. In dieser Gruppe sind neben Vertretern betroffener städtischer Ämter, Ärzte/-innen, Krankenkassen und Vertreter/-innen von Institutionen wie z. B. HSK, Suchthilfezentrum, Ärzte/-innen-Bund, Ausländerbeirat etc. vertreten.

Erarbeitung wiesbaden-spezifischer Datengrundlagen ...

Für das Handlungsfeld Gesundheit des Integrationskonzeptes fehlte bisher weitestgehend eine fundierte Datenbasis, die Aufschluss darüber gibt, ob allgemeine Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse auf Bundesebene zu Gesundheit und Krankheit von Migrantinnen und Migranten auch auf die Wiesbadener Migrantenbevölkerung zutreffen. In 2005 wurde vom Amt für Statistik, Wahlen und Stadtforschung eine wiesbaden-spezifische Datenrecherche⁴ durchgeführt, um konkrete Handlungsbedarfe identifizieren und begründen zu können.

... in ausgewählten Bereichen

Die Datenrecherche und -auswertung konzentrierte sich auf den Gesundheitszustand von Einschülern/-innen, den Zahnstatus von Schülern/-innen der 3. Klassen, auf Säuglingssterblichkeit und Totgeburten, psychische Erkrankungen und Infektions-

⁴ Vgl. Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung Ergebnisbericht zum Handlungsfeld Gesundheit, September 2005.

krankheiten, die Teilnahme am Mammographie-Screening sowie Diabetes.

*Die Ergebnisse kurz gefasst :
Schuleingangsuntersuchung*

- Die Schuleingangsuntersuchung 2003, an der ca. 2.900 Wiesbadener Kinder teilnahmen, lässt bei verschiedenen medizinischen Befunden (Motorik, Verhalten, Haut, Wirbelsäule, Hören, Sehen etc), der Medikamenteneinnahme und dem Impfstatus keine nennenswerten Unterschiede zwischen deutschen Einschülern/-innen und solchen mit Migrationshintergrund erkennen. Anders sieht es beim Ernährungszustand und der Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen aus. Migrantenkinder sind häufiger übergewichtig und sie nehmen deutlich seltener an den üblichen Vorsorgeuntersuchungen (U 2 bis U 9) teil.

Zahnstatus

- Die schulzahnärztliche Untersuchung von rund 2.100 Schülern/-innen aller dritten Schulklassen ergab bei mehr als der Hälfte von ihnen einen DMF-Befund⁵. Von den Schülern/-innen mit Migrationshintergrund haben 66 % kariöse Zähne, bei ihren deutschen Mitschülern/-innen liegt der entsprechende Anteil bei 48 %.

*Säuglingssterblichkeit und
Totgeburten*

- Sowohl bei der Säuglingssterblichkeit als auch bei den Totgeburten ist im Zeitraum von 1985 bis 2004 bei sehr großen jährlichen Schwankungen eine Zunahme dieser Fälle in der Migrantenbevölkerung festzustellen. Angesichts der kleinen Fallzahlen - im Jahr 2004 waren insgesamt in Wiesbaden sieben Säuglingssterbefälle und sechs Totgeburten zu verzeichnen - sind diese Ergebnisse jedoch nicht interpretierbar.

psychischen Erkrankungen

- Über psychische Erkrankungen liegen kaum quantitative Daten vor. Die Ergebnisse der Expertenbefragung zum Ausmaß psychischer Erkrankungen von Migranten/-innen ergeben kein einheitliches Bild. Während der Sozialpsychiatrische Dienst eine ähnliche Erkrankungsrate wie bei der deutschen Bevölkerung konstatiert, wird in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Eichberg auf einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Patienten/-innen mit Migrationshintergrund verwiesen. Die Psychosozialen Zentren werden hingegen kaum von Ausländern/-innen in Anspruch genommen. In der Fachambulanz für Suchtkranke und dem Suchthilfezentrum Wiesbaden sind ca. 6 % bzw. ca. 15 % der Klienten/-

⁵ DMF wird abgeleitet von: **D** = diseased = krank; **M** = missing = fehlend; **F** = filled = mit einer Füllung versehen.

- innen ausländische Staatsangehörige.
- Tuberkulose*

 - Bei den meldepflichtigen Infektionskrankheiten wird nur bei Tuberkulose das Herkunftsland der Erkrankten erfasst. 1997 bis 2004 sind 264 Wiesbadener/-innen an Tuberkulose erkrankt, gut die Hälfte von ihnen haben einen Migrationshintergrund.
 - Mammographie-Screening*

 - Während 46 % der deutschen Frauen der ersten Einladung zur Mammographie-Reihenuntersuchung folgen, sind es nur 29 % der Migrantinnen. Die Teilnahmequoten bei der Wiederholungsuntersuchung sind sowohl bei In- als auch bei Ausländerinnen mit 84 % bzw. 75 % bedeutend höher.
 - Diabetes*

 - Exakte Angaben zu Diabetes bei Migranten/-innen lassen sich in Ermangelung entsprechender Daten nicht treffen. Eine Abfrage der Kassenärztlichen Vereinigung bei drei diabetologischen Schwerpunktpraxen ergab keine Hinweise auf eine erhöhte Erkrankungsrate.

Auswahl von Indikatoren und Kennzahlen

Die Erarbeitung von Datengrundlagen sollte nicht nur Aufschluss über den Gesundheitszustand und die Erkrankungen der Wiesbadener Migrantenbevölkerung geben, sondern auch Indikatoren bzw. Kennzahlen benennen, die geeignet sind, Entwicklungen und Veränderungen im Handlungsfeld Gesundheit abzubilden. Voraussetzung für eine Indikatorenauswahl sind quantitative, aussagekräftige Daten, die kontinuierlich fortgeschrieben und verfügbar sind, und aus Teilbereichen stammen, die durch Maßnahmen und Handlungen des Integrationsamtes und/ oder anderer Akteure kurz- und mittelfristig beeinflussbar sind. Dies trifft auf einige Dimensionen des Gesundheitsstatus von Kindern zu, die in den jährlichen Schuleingangsuntersuchungen dokumentiert werden.

Neue Kennziffern zur Gesundheit im Kindesalter im Wiesbadener Monitoringsystem

Deshalb werden die folgenden beiden Kennzahlen zum Themenkomplex Gesundheit – die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und Übergewicht bei einzuschulenden Kindern - in das Monitoringsystem aufgenommen. (Vgl. Kap. 3)

Auf der Basis der Ergebnisse dieser Datenrecherche und auf Basis der konkreten Erfahrungen der Mitglieder des Steuerungskreises wurde sich auf ein gemeinsames Handlungsprogramm mit entsprechenden Projekten verbindlich verständigt.

Das Handlungsprogramm Gesundheit setzt die Schwerpunkte bei

- **Prävention**
- **Information und Aufklärung**
- **Interkulturelle Kompetenz bei Fachpersonal**
- **Ältere Migrant/-innen**

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Aufbau eines Kennzahlen-sets zum Themenkomplex Gesundheit und Migration	Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung	Datengrundlagen, die Handlungsbedarfe und Entwicklungen im Bereich Gesundheit und Migration aufzeigen, liegen vor.	Konzept ist in Arbeit.	Datenrecherche abgeschlossen. Erweiterung des Monitorings um zwei steuerungsrelevante Kennzahlen.
Informationsveranstaltungen für Migrant/-innen zu Themen Ernährung und Prävention	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Inanspruchnahme von Vorsorgeangeboten durch Migrant/-innen sowie Verbesserung der Kenntnisse zur Ernährung insbesondere von Schulkindern.	7 Informationsveranstaltungen für Migrantinnen wurden durchgeführt.	5 Informationsveranstaltungen für Migrantinnen wurden durchgeführt.
Aufbau eines Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Information über Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen sowie über Institutionen des Gesundheitssystems für Migrantinnen und Migranten.	Ärztedatenbank und Gesundheitswegweiser sind im Aufbau.	Internationales Ärzteverzeichnis liegt vor.
BKK-Projekt Gesundheitsthemen in Sprachkursen	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kenntnisse über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich.		78 Veranstaltungen im Rahmen von Sprachkursen durchgeführt.
Qualifizierungsmaßnahme Migrantinnen im Altenpflegeberuf	AWO mit Förderung durch LOS	Qualifizierter Einblick in das Berufsbild der Altenpflegerin im Hinblick auf spätere Berufswahl.		Planung und Organisation abgeschlossen, Maßnahmenbeginn Januar 2006.
Projekt "MiMi - Gesundheitslotsen Hessen"	Einwohner- und Integrationsamt	Muttersprachliche und kultursensible Informationsvermittlung über das deutsche Gesundheitssystem und Prävention.		Hessenweites kommunales Netzwerk wurde geschaffen, Planung abgeschlossen, Organisation und Akquise der Lotsen für Wiesbaden läuft.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Förderung von "Frauen-Gesundheits-Treffs" im Kinder- und Beratungszentrum Sauerland, Arbeitsgemeinschaft Presberger-Straße, Xenia interkulturelle Projekte GmbH	Einwohner- und Integrationsamt	Ständiges Angebot zur Vertiefung des in o. g. Projekten erworbenen Wissens über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich.		Drei "Frauen-Gesundheits-Treffs" insbesondere für die Zielgruppe der Migrantinnen wurden etabliert.

Ausblick

Einen Schwerpunkt in 2006 stellt die Umsetzung des Lotsenprojektes "MiMi-Hessen" (Mit Migranten für Migranten) dar.

Darüber hinaus stehen die Themenkomplexe Interkulturelle Kompetenz für medizinisches Personal sowie ältere Menschen mit Migrationshintergrund auf der Agenda. Projekte hierfür sind bereits Bestandteil des durch die Steuerungsgruppe geplanten Handlungsprogramms für 2006.

4.6 Integrationskompetenz der Verwaltung

Das wollen wir erreichen:

Das Leitbild der Integration ist in der Verwaltung akzeptiert und verankert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt damit Vorbildfunktion.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

3. Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten ist erhöht.
4. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen ist erhöht.
5. Eine stabile Steuerungsstruktur zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes ist geschaffen. Integration ist als Querschnittsaufgabe etabliert.
6. Die Vernetzung von Integrationsleistungen der verschiedenen Akteure ist verbessert.

Steuerung und Vernetzung

Ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration

Zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes arbeitet die bereits bei Erstellung des Integrationskonzeptes bewährte ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe, in der auch der Ausländerbeirat und die Freien Träger AWO und Caritas fest vertreten sind. Diese begleitet und steuert kontinuierlich den Start der einzelnen Handlungsfelder nach der Systematik des Konzeptes, legt das Controlling fest, stellt die Rückkopplung zentraler Ergebnisse in den politischen Raum sicher (Plenum Integration, Ausschüsse etc.) und legt den Integrationsbericht vor.

Steuerungsgruppe "Integrationskompetenz der Verwaltung"

Eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe bestehend aus Mitarbeiter/-innen des Personal- und Organisationsamtes, der städtischen Frauenbeauftragten und des Einwohner- und Integrationsamtes wurde bereits 2004 eingerichtet. Die Steuerungsgruppe hat ein konkretes Handlungsprogramm erarbeitet und steuert die Umsetzung der Maßnahmen.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Externe abteilungs- und hierarchieübergreifende Schulung Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/-innen des Einwohner- und Integrationsamtes	Einwohner- und Integrationsamt	Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter/-innen des Einwohner – und Integrationsamtes.	12 Schulungstermine mit durchschnittlich 31 Teilnehmer/-innen.	10 Schulungstermine mit durchschnittlich 29 Teilnehmer/-innen. Maßnahme ist damit abgeschlossen.
Ausbildungsmodul Interkulturelle Kompetenz	Einwohner- und Integrationsamt	Thema Interkulturelle Kompetenz ist als Standard in allen Ausbildungsgängen gesetzt.	Das Konzept ist entwickelt. 1 Ausbildungsgruppe von insgesamt 23 Inspektoranwärter/-innen geschult.	3 Ausbildungsgruppen mit insgesamt 27 Auszubildenden geschult.
Fortbildung für alle Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt im städtischen Angebot	Einwohner- und Integrationsamt	Alle städtischen Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt sind fortgebildet.	Konzept ist entwickelt.	43 Mitarbeiter/-innen (Amt 69 und 33) geschult.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2004	Zielerreichung 2005
Ausbildung städtischer Trainer für Interkulturelle Kompetenz	Einwohner- und Integrationsamt	Aus- und Fortbildung ist für interkulturelle Kompetenz künftig durch qualifiziertes städtisches Personal sichergestellt.	Zwei Mitarbeiter des Einwohner- und Integrationsamtes sind als Trainer ausgebildet.	Trainer wurden weiter qualifiziert.

Ausblick

Interkulturelle Kompetenz als Standard in Aus- und Fortbildung

Die Fortbildung zum Thema interkulturelle Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kundenkontakt ist als Standard in das städtische Fortbildungsangebot aufgenommen und wird 2006 weiter angeboten.

Die Einbindung der Thematik als Standardmodul in die verschiedenen Ausbildungsgänge der Stadt ist inhaltlich und organisatorisch umgesetzt und wird 2006 weitergeführt.

Die Zielsetzung des Integrationskonzeptes, "den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen zu erhöhen", gestaltet sich nicht nur aufgrund der schwierigen Haushaltslage nach wie vor schwierig. Die automatisierte Erfassung des Migrationshintergrundes von städtischen Beschäftigten ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Für 2006 ist eine Befragung durch die Amts- bzw. Abteilungsleitungen in Vorbereitung.

5 Schlüsselprojekte

5.1 Aktion "Ab 3 dabei"

Mind. zwei Jahre Kindergartenbesuch führt zu besserem Schulerfolg.

Sowohl Erhebungen in Wiesbaden - aber auch wissenschaftliche Untersuchungen wie z. B. die IGLU-Studie - zeigen, dass Kinder, die vor der Einschulung mindestens zwei Jahre einen Kindergarten bzw. eine Kindertagesstätte besucht haben, besser in der Schule abschneiden.

Sie werden wesentlich häufiger regulär eingeschult und haben bessere Sprachkompetenzen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4:					
%	Auffälligkeiten in drei untersuchten sprachlichen Bereichen*				
Dauer KT	keine	in einem Bereich	in zwei Bereichen	in allen drei Bereichen	N Kinder
ohne/ unter 2 Jahre	24,4 %	14,0 %	25,6 %	36,0 %	86
2 und mehr Jahre	47,1 %	14,8 %	18,2 %	19,9 %	644
insg.	344	108	133	145	730

*einbezogene Bereiche: (1) Wortschatz, (2) Satzbau/ Grammatik, (3) Sprachverständnis

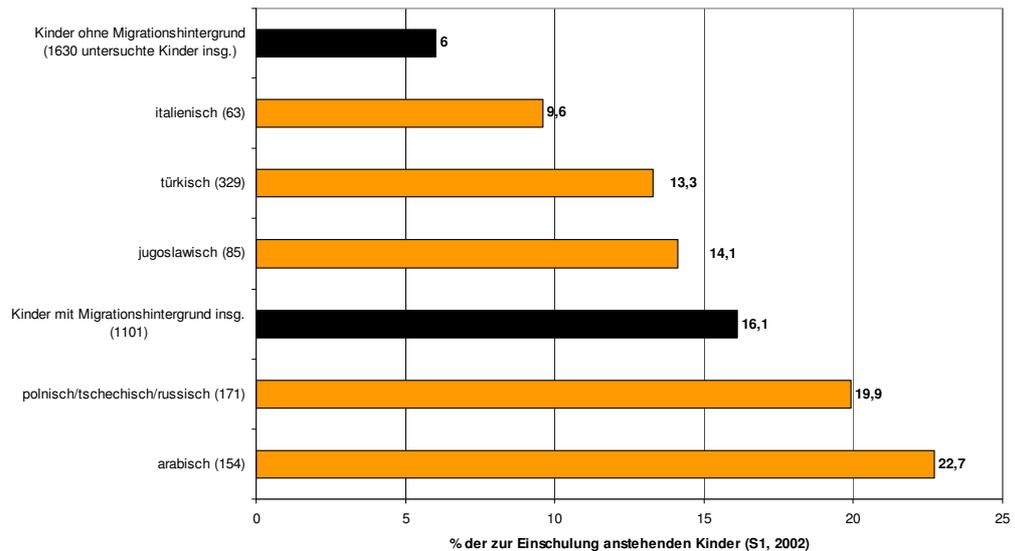
Quelle: Schuleingangsuntersuchung 2005; nur Regelkinder

Kinder mit Migrationshintergrund besuchen häufiger zu kurz oder gar nicht eine Kindertagesstätte.

Gleichzeitig gilt in Wiesbaden – wie anderswo auch –, dass gerade Kinder, die von den Angeboten in den Kindertagesstätten besonders profitieren – wie z. B. Kinder mit Migrationshintergrund – häufiger als andere nur relativ kurz oder gar nicht eine Kindertagesstätte besuchen (vgl. Grafik). Als Ursachen hierfür wurden in einer Erhebung des Amtes für Soziale Arbeit unter anderem folgende identifiziert:

- Unzureichende Information der Eltern (z. B. über Anmeldeverfahren, Gebühren und Zuschussmöglichkeiten)
- Unterschätzung der Bedeutung des Kindergartens für die Entwicklung des Kindes;
- Nicht-Anerkennung des Kindergartens als Bildungsinstitution.

Anteil der Kinder, die vor der Einschulung gar nicht oder kürzer als 2 Jahre den Kindergarten besucht haben (nach kultureller Herkunft/ Migrationshintergrund)



Quelle: Schuleingangsuntersuchung 2002.

Inhalt der Aktion und Ziele

Infoveranstaltungen für Eltern und Multiplikator/-innen über Bedeutung des Kindergartenbesuchs

Vor diesem Hintergrund startete die Aktion "Ab 3 dabei". Mittels eines Informationsfaltblattes (s. u.) und damit verbundener Informationsveranstaltungen für Eltern und Multiplikator/-innen soll erreicht werden, die Wertschätzung des Kindergartens als Bildungseinrichtung zu erhöhen und die Informationsbasis zu verbessern.

Eltern mit Migrationshintergrund waren dabei die Hauptzielgruppe. Aus diesem Grund wurde zunächst der Flyer ins Türkische, Russische und Arabische übersetzt. Als Multiplikator/-innen wurden des Weiteren vor allem Fachkräfte und andere Personen angesprochen und informiert, die mit Migrant/-innen arbeiten bzw. Kontakt haben: u. a. Ausländerbeirat, Vertreter/-innen der Moscheevereine, Mitarbeiter/-innen der Ausländerbehörde und des Sozialdienstes für Asylbewerber/-innen, Kin-

derärzte/-innen.

In zwei Moscheen wurden auf Einladung der Moscheevereine während des Ramadan Veranstaltungen für Frauen zum Thema "Ab 3 dabei" durchgeführt. Beteiligt war jeweils eine erfahrene Kindertagesstättenleiterin und je eine Vertreterin des Integrationsamtes und des Amtes für Soziale Arbeit – Jugendhilfeplanung.

Das Interesse war jeweils sehr groß und der Diskussionsbedarf hoch. Es wurde von den Frauen sehr positiv aufgenommen, dass von Seiten der Stadt das Gespräch mit ihnen gesucht wurde. Die Diskussionen machten deutlich, dass - neben Information und Beratung – auch folgende Punkte für den rechtzeitigen Kindertagesstättenbesuch zentral sind:

- Ein auch mit Blick auf regionale Bedarfe ausreichendes Angebot an Plätzen
- Die interkulturelle Kompetenz der Leitungen und Erzieher/-innen

Ausblick

Das Thema frühzeitiger Kindertagesstättenbesuch wird auch im Jahr 2006 ein wichtiges Thema im Kontext Förderung von Bildungschancen bleiben. Die Aktion "Ab 3 dabei" soll insbesondere in Moscheen fortgesetzt werden. Außerdem werden die Inhalte der Aktion ("KT als Bildungsort") im Rahmen neuer zielgruppenorientierter Elternbildungsprojekte mit aufgenommen.

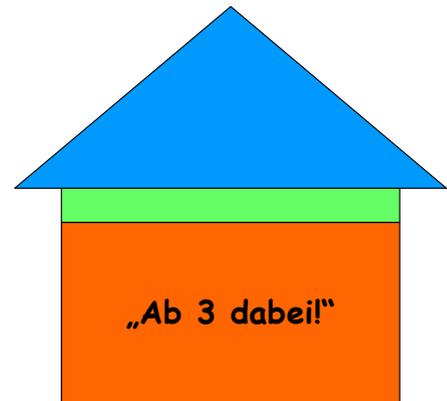


Warum IHR Kind möglichst
früh eine Kindertagesstätte
besuchen sollte ...

„Ab 3 dabei!“

Eine Information für Eltern
von Kleinkindern
Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Soziale Arbeit
Abteilung Kindertagesstätten

Stand: Februar 2005



<p style="text-align: center;">KT</p>	<p style="text-align: center;">_____</p>	
<p>Warum sollte mein Kind möglichst früh (möglichst schon mit 3 Jahren) eine Kindertagesstätte besuchen?</p>	<p>Was muss ich tun, damit mein Kind einen Platz bekommt?</p>	<p>Kosten / Elternbeitrag</p>
<p>weil Ihr Kind dort...</p>	<p>Schauen Sie - möglichst frühzeitig - in einer - oder auch mehreren - Kindertagesstätten in Ihrer Nähe vorbei. Dort können Sie sich informieren und Ihr Kind anmelden.</p>	<p>Der Beitrag, der für Sie als Eltern anfällt, beträgt derzeit in den städtischen Kindertagesstätten:</p>
<ul style="list-style-type: none"> • neue Freunde außerhalb der Familie findet, • andere Spiel- und Lernmöglichkeiten als zu Hause hat, • rechtzeitig und mühelos Deutsch lernt, • gut auf die Schule vorbereitet wird und • - wenn nötig - ganz gezielt Hilfe bekommt. 		<ul style="list-style-type: none"> • für Betreuung ohne Mittagessen (halbtags) 110 Euro (plus 5 Euro Verpflegungsgeld) pro Monat • für Betreuung mit Mittagessen (ganztags) 140 Euro (plus 35 Euro Verpflegungsgeld) pro Monat
<p>weil es auch Ihnen nützt:</p>	<p>Wo finde ich Informationen zu Kindertagesstätten in meiner Nähe? Wohin wende ich mich, wenn ich keinen Platz gefunden habe?</p>	<p>(die genannten Beträge gelten für 3-jährige und ältere Kinder, die noch nicht zur Schule gehen; die Beiträge anderer Träger, z.B. Kirchen, können Sie direkt vor Ort erfragen)</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Kontakt mit anderen Eltern, • Information/Beratung zu Erziehungsfragen • besondere Angebote (z.B. Sprachkurs „Mama lernt Deutsch“), • gesicherte Betreuung erleichtert Aufnahme von Erwerbstätigkeit/Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • jede Kindertagesstätte • Amt für Soziale Arbeit Abteilung Kindertagesstätten Platzmeldebörse - Frau Münz - Telefon: 06 11 - 31 43 68 vormittags • www.wiesbaden.de Suchbegriff: Kindertagesstätten 	<p>Viele Eltern erhalten jedoch Zuschüsse, so dass Sie - je nach Einkommen und Kinderzahl - möglicherweise deutlich weniger bezahlen müssen. Informationen zu den Zuschussmöglichkeiten erhalten Sie in jeder Kindertagesstätte.</p>
		 <p style="text-align: center;">„Ab 3 dabei!“</p>

5.2 Gesundheitsthemen in Sprachkursen

Hintergrund

Statistiken belegen, dass Menschen mit Migrationshintergrund einen deutlich schlechteren Zugang zum deutschen Gesundheitssystem haben, als die deutsche Bevölkerung.

Kommunikationsschwierigkeiten, die aus unzureichender Sprachkompetenz, aber auch aus einem unterschiedlichen kulturspezifischen Verständnis von Gesundheit und Krankheit resultieren, führen zu gravierenden Informationsdefiziten, Zugangsbarrieren bis hin zu Fehldiagnosen und mangelnder medizinischer Versorgung.

Zielsetzung des Projektes

Ziel der Schulungsmaßnahme war eine Verbesserung des Zugangs zum deutschen Gesundheitssystem sowie eine Sensibilisierung der teilnehmenden bildungsfernen Mütter für Präventionsmöglichkeiten im täglichen Familienleben. Auf besonders anschauliche und lebensnahe Art und Weise soll die Mutter informiert und in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich für sich und ihre Familie tätig zu werden.

Organisation des Projektes

Es wurden aufgrund der Ergebnisse der Datenrecherche vom Amt für Wahlen und Statistik fünf Präventionsthemen ausgewählt und inhaltlich von Ärztinnen bzw. einer Ernährungsberaterin leicht verständlich aufbereitet. Basierend auf diesen Materialien wurden professionelle Unterrichtsmaterialien entwickelt, die dann im Rahmen der "Mama lernt Deutsch-Kurse" behandelt wurden. Die Ärztinnen bzw. die Ernährungsberaterin besuchten dann den Unterricht, hielten ein Impulsreferat und standen im Anschluss in einem offenen Gesprächskreis für Fragen der Teilnehmerinnen zur Verfügung. Im Folgeunterricht wurde das Thema nochmals mit der Deutschlehrerin kurz nachbereitet.

Zu jedem Thema konnten seitens der Teilnehmerinnen kostenlose Sprechstunden im Gesundheitsamt bzw. bei Pro Familia in Anspruch genommen werden.

Rahmenbedingungen

Erfahrungen haben gezeigt, dass diese spezielle Zielgruppe mit muttersprachlich übersetzten Flyern und mit üblichen Informati-

onsveranstaltungen zu Gesundheitsthemen nicht erreicht wird. Aus diesem Grund war es notwendig, neue Wege zu beschreiben. Die Idee, Informationen über das Medium des Sprachkurses zu transportieren, hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen.

Module

Folgende Themen wurden für die Sprachkurse aufbereitet:

- Zahnhygiene und gesunde Ernährung (Grundinformationen)
- Ernährungsaufbaumodul, Diabetes und Übergewicht
- Arzt- und Krankenhausbesuch und Nachsorge
- Gesunde Ernährung und Bewegung in der Schwangerschaft, für Säuglinge und Kleinkinder
- Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Es wurde darauf geachtet, dass die Reihenfolge, in der die Module im Unterricht behandelt wurden, sich hinsichtlich des Schwierigkeitsgrades langsam steigern, sodass insbesondere das Modul "Psychische Gesundheit und Wohlbefinden", das eine besondere Sensibilität seitens der Referentin und eine gewisse Bereitschaft seitens der Teilnehmerinnen erfordert, generell als letztes Modul behandelt wurde.

Als besonders wichtig hat sich das Angebot der nachhaltig verankerten und kostenlos zur Verfügung stehenden Sprechstunden im Nachgang zu der Informationsvermittlung durch die Referentinnen erwiesen. Die Teilnehmerinnen haben dort die Möglichkeit, in einem vertraulichen Umfeld private Fragen zu erörtern. Dieses Angebot wurde sehr gut angenommen.

Referentinnen

Bei der Auswahl der Referentinnen wurde besonders darauf geachtet, dass diese neben ihrer Fachkompetenz eine besondere Erfahrung im Umgang mit Migrantinnen aber auch speziell mit lernungewohnten Frauen haben, da es notwendig war, die Informationen auf sehr einfach verständliche Art und Weise zu vermitteln.



Frau Dr. Brenneis im Sprachkurs in der Diyanet-Moschee

Kooperationspartner

Der BKK Bundesverband förderte das Projekt als innovatives bundesweites Pilotprojekt mit 50 % der Projektkosten. Nach Abschluss der Pilotphase wird Anfang 2006 eine Projektdokumentation mit Kursmanual und sämtlichen Informationen erstellt, die zwecks Multiplikation über den BKK Bundesverband aber auch über die Landeshauptstadt Wiesbaden an interessierte Träger und Kommunen kostenlos weitergegeben werden. Erste Anfragen liegen bereits vor.

Zahlen und Fakten

Es wurden 78 Veranstaltungen mit jeweils ca. 15 Teilnehmerinnen durchgeführt.

Ausblick

Großes Interesse der Teilnehmerinnen an weiteren Themen insbesondere Kindererziehung

Im Rahmen der Evaluation wurde unter anderem eine Befragung der Teilnehmerinnen durchgeführt. Leider konnten nicht alle Teilnehmerinnen befragt werden, einige waren mit der Form der Abfrage überfordert. Die Resonanz der Befragten war allerdings überaus positiv, besonders die Folgeangebote wur-

den für gut beurteilt. Zum Bereich Ernährung und Zahngesundheit wurden weitergehende Informationen gewünscht, aber insbesondere für Themen zu Fragen der Kindererziehung wurde deutliches Interesse bekundet.

Das Projekt wird 2006 weitergeführt. Dass sich dieser Weg der Informationsvermittlung sehr bewährt hat, werden Vertiefungsmodule und ggf. weitere Module zu anderen Themen entwickelt.

Impressum

Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Zuwanderung und Integration
Integrationsabteilung
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden